

Kauft
"Palmo"
Mostrich!

Freitag, 25. Juni 1926.

Einzelnummer 15 Groschen
mit illustrierter Beilage 30 Gr.

65. Jahrgang. Nr. 142.

Getreidemäher
Grasmäher
Pferderechen
alle Ersatzteile
offert
Woldemar Günter
Landmaschinen, Feile u. Oele.
Poznań,
Sew. Mielżyńskiego 6.
Telephon 52-25.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Postfachkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr.
(Anzeigenteil 15 Groschen.)
für die Millimeterzeile im
(Reklameteil 45 Groschen.)
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 Gr.
Auslandsinserate: 100 % Aufschlag.

Er erscheint
an allen Verlagen.
Fernsprecher: 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postfachkonto für Polen
Nr. 200 283 in Posen.

Bezugspreis monatlich bei der Geschäftsstelle 5.— zt., bei den Ausgabestellen 5.25 zt., durch Zeitungsboten 5.50 zt.
durch die Post 5.— zt. ausschließlich Postgebühren, ins Ausland monatlich 4.— Goldmark einschließlich Postgebühren.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Der Banditenüberfall vor dem Sejm.

Interpellationen der deutschen Fraktion. — Die Erklärung des deutschen Vertreters zur Regierungs-
erklärung. — Die Unterredung mit Abg. Naumann erfinden.

Interpellation

Der Abgeordnete Wlobasch, Krachyzski, Franz und anderer Abgeordneter an den Herrn Ministerpräsidenten betreffend den organisierten Überfall auf die politische Versammlung der katholischen Volkspartei in Królewska-Guta.

Am 17. Juni 1926 veranstaltete die katholische Volkspartei in Królewska-Guta eine öffentliche politische Versammlung, bei welcher Abgeordnete der Partei Bericht über ihre politische Tätigkeit ihren Wählern geben sollten. Die Versammlung war von ungefähr 2500 Teilnehmern besucht. Während der Rede des Abgeordneten Wlobasch, ungefähr 1/4 Stunde nach der Eröffnung der Versammlung, begannen Aufständische aus Królewska-Guta und anderen Ortschaften des Kreises Swiechlowitz durch Singen und Zischen die Versammlung zu stören. Die anwesenden Abgeordneten versuchten die Versammlung zu beruhigen. Daraufhin begann ein organisierter und wohlüberdachter Überfall. Auf ein gegebenes Kommando, einen Pfiff, umzingelten die Aufständischen von drei Seiten die Versammlung. Von allen drei Seiten, ja selbst von der Galerie, wurden nun von 40—50 Banditen mit voller Wucht Stühle und Gläser gegen die sich in der Mitte des Saales zusammengekauerten deutschen Versammlungsteilnehmer geschleudert. Hierdurch entstand eine große Panik, welche von den Banditen dazu benutzt wurde, um auf unglückliche Frauen und Männer mit mitgebrachten Sägen, Knütteln und Schlagringen unmenslich dreinzuschlagen. Weitere Banditen richteten nun den Angriff mit Stühlen und Gläsern gegen die Bühne, auf der die Abgeordneten versammelt waren. Unter den zahlreichen Verletzten befindet sich der Senator Szegeponik und der Abgeordnete des schlesischen Sejms, Goldmann, der in einer geradezu unmenslichen Weise mißhandelt worden ist.

Die Polizei hat vollkommen versagt, sie unternahm nichts, um die angegriffenen Versammlungsteilnehmer zu schützen. Nur ein Polizeikommissar, dem anscheinend der Schutz der Versammlung oblag, erschien auf der Bühne, um von da aus die Leute zu beruhigen. Nach vollbrachter Tat ließ die Polizei sogar die Aufständischen ungehindert in geschlossenen Rängen flüchtend durch die Straßen der Stadt marschieren.

Die am 25. Februar d. J. von der Deutschen Fraktion wegen der Terrorakte und Bombenanschläge in Oberschlesien eingebrachte Interpellation ist bis heute nicht beantwortet, und die in der Interpellation genannten Täter und Zeugen sind unseres Wissens bis heute noch nicht einmal vernommen worden. Daraus entnehmen anscheinend gewisse Kreise in Oberschlesien, daß die Behörden mit den Überfällen und Bombenanschlägen auf polnische Staatsbürger deutscher Nationalität stillschweigend einverstanden sind.

Angeichts dessen fragen wir nun den Herrn Ministerpräsidenten an:

1. Ist er bereit, zu veranlassen, daß eine strenge unparteiliche Untersuchung wegen dieser Vorfälle eingeleitet wird und die Schuldigen einer gerechten Strafe zugeführt werden, selbst dann, wenn es Mitglieder des Aufständischen-Verbandes und des Westmarkenvereins sind?
2. Die Polizei wegen ihres unerhörten Verhaltens zur Verantwortung zu ziehen?
3. Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Ministerpräsident zu ergreifen, um
 - a) die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung in Oberschlesien wiederherzustellen und Gesundheit und Leben der polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität zu schützen?
 - b) In Zukunft auch den polnischen Staatsbürgern deutscher Zunge die Versammlungsfreiheit zu gewährleisten?

Warschau, den 22. Juni 1926.

Die Interpellanten.

Mißbrauch der Polizeigewalt.

Interpellation

Der Abgeordnete Franz, Krachyzski, Wlobasch und anderer an den Herrn Innenminister wegen Mißbrauchs der Polizeigewalt durch die Polizei in Królewska-Guta.

Die Nr. 137 des „Oberschlesischen Kurier“ vom 19. Juni 1926 wurde wegen des Berichtes, beginnend mit der Überschrift „Minderheitenchutz“, über die Sprengung der politischen Versammlung der katholischen Volkspartei in Królewska-Guta am 17. Juni 1926 und wegen eines Gedichtes „Deutsche, katholische Jagd“, welches auf die gesprengte Versammlung Bezug nahm, konfisziert. Die Polizei in Królewska-Guta wartete nicht erst eine Entscheidung des Gerichts über diese Konfiskation ab, sondern beschlagnahmte ihrerseits die Ausgabe und verhinderte ihren Vertrieb. Dieses Vorgehen steht im Widerspruch zu dem für Oberschlesien gültigen Pressegesetz und stellt eine öffentliche Verletzung dieses Gesetzes, sowie einen unerhörten Mißbrauch der Polizeigewalt dar.

Angeichts dieser Tatsachen fragen wir den Herrn Innenminister an:

1. Ist er bereit, die Polizeibehörde, welche sich dieser Gesetzesübertretung schuldig gemacht haben, zur Verantwortung zu ziehen?
2. Was gedenkt er zu tun, um in Zukunft solche Eigenmächtigkeiten der Polizei in Królewska-Guta zu unterbinden?

Warschau, den 22. Juni 1926.

Die Interpellanten.

Die Erklärung der deutschen Fraktion im Sejm.

Infolge Antrags auf Schluß der Debatte, der vom Hause angenommen wurde und einen großen Widerspruch bei den Kommunisten erregte, kam der Fraktionsredner nicht zum Worte. Die Erklärung, die er abgeben sollte, lautete in Kürze folgendermaßen:

„Das uns von der Regierung vorgelegte Budgetprovisorium für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September entspricht in keiner Weise den wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes und ist nach unserer Auffassung unreal. Wir behalten uns vor, Änderungen des Provisoriums in der Budgetkommission zu beantragen.“

Erklärung des Herrn Abg. Naumann.

Die „Freie Presse“ in Lodz veröffentlichte eine Unterredung, die ihr Korrespondent angeblich mit dem Vorsitzenden der deutschen Fraktion im Sejm und Senat, Herrn Abgeordneten Naumann gehabt haben will. Wir haben diese Unterredung, wie auch viele andere deutsche Zeitungen, veröffentlicht (siehe „Pos. Tgl.“ Nr. 139 vom 22. 6. 26). Hierzu wird uns von Herrn Abgeordneten Naumann folgendes geschrieben:

„Nach einer ziemlich gleichlautenden Darstellung in den deutschen Zeitungen hätte ich einem Berichterstatter Mitteilungen über den Inhalt einer Unterredung mit dem Herrn Ministerpräsidenten gemacht. Ich lege Wert auf die Feststellung, daß diese Darstellung unrichtig ist. Wichtig ist, daß ich mich dem Herrn Berichterstatter gegenüber geweigert habe, irgend etwas über den Inhalt der stattgefundenen Unterredung, insbesondere über die berührten Themen, bekannt zu geben. Auch heute halte ich es nicht für angezeigt, aus der von mir pflichtgemäß beobachteten Reserve herauszutreten.“

(—) Eugen Naumann,

Vorsitzender der deutschen Fraktion in Sejm und Senat.

Störung verfassungsmäßiger Arbeit.

Interpellation

Der Abgeordnete Daczko und Genossen von der Deutschen Vereinigung und anderer Abgeordneter an den Herrn Innenminister und den Herrn Justizminister wegen Störung der Abgeordneten in ihrer verfassungsmäßigen Arbeit durch Polizei- und Justizbehörden.

Wie bekannt ist, stehen wir seit längerer Zeit mit dem Herrn Unterrichtsminister in Verhandlung über die Neugestaltung des deutschen Schulwesens bzw. Gewährung einer Kulturautonomie. Als Unterlage für diese Verhandlungen wollen wir dem Herrn Unterrichtsminister ein genaues Material über die Seelenzahl der vorhandenen Deutschen, über ihre Struktur und Besitzverhältnisse zustellen. Deswegen ist von unserer Zentralgeschäftsstelle für Posen und Pommerellen in Bydgoszcz eine Anzahl von Personen beauftragt, dieses Unterlagenmaterial für die Fraktion zu gewinnen. Die Feststellungen werden größtenteils an Ort und Stelle in den deutschen Familien selbst gemacht.

Die Staatspolizei im Kreise Konik hat nun in ganz ungerechtfertigter Weise in diese gefahrdrohende und verfassungsmäßige Tätigkeit unserer Angestellten eingegriffen und die Staatsanwaltschaft in Konik hat sogar eine Voruntersuchung eingeleitet, weil sie angeblich gegen unsere Angestellten ein Verfahren wegen Annahme von Amtsbeugnissen nach Art. 132 des Strafgesetzbuches einleiten will. Es ist völlig unbegreiflich, wie Polizei und Staatsanwaltschaft zu diesen Eingriffen kommen können, denn es ist doch ganz selbstverständlich, daß die Fraktion für ihre Verhandlungen mit dem Unterrichtsministerium bzw. mit der Warschauer Regierung eben auf privatem Wege sich Unterlagen über Zahl und Struktur der deutschen Bevölkerung beschaffen muß, wenn sie diese Verhandlungen erfolgreich führen will. Es liegt doch gerade im Interesse fruchtbringender Verhandlungen, wenn wir der Regierung möglichst gründliches Unterlagenmaterial vorlegen können.

Nach dem Artikel 109 der Verfassung soll durch besondere staatliche Gesetze den Minderheiten im polnischen Staat die volle freie Entwicklung ihrer nationalen Eigentümlichkeiten mit Hilfe von autonomen Minderheitsverbänden öffentlich rechtlichen Charakters im Umfang der Verbände der allgemeinen Selbstverwaltung gewährleistet werden, nach Artikel 110 sollen die nationalen Minderheiten das Recht der Gründung, Beaufsichtigung und Verwaltung von Schulen und Erziehungsanstalten auf eigene Kosten haben, nach Artikel 8 des Minderheitenschutzvertrages sollen die Minderheiten das Recht haben, auf eigene Kosten Schulen und Erziehungsanstalten zu gründen, zu leiten und zu beaufsichtigen.

Es ist nun selbstverständlich, daß die Abgeordneten für die Verhandlungen zur Erlangung des Gesetzes für die autonomen Minderheitsverbände, das in Artikel 109 der Verfassung in Aussicht gestellt ist, auf privatem Wege ihr Unterlagenmaterial herbeischaffen müssen. Es widerspricht geradezu der Verfassung, wenn die Polizeibehörde in Konik diese Tätigkeit stören zu müssen glaubt, ebenso wie der Eingriff der Staatsanwaltschaft in Konik, die sich den Vorwand herausnimmt, daß es sich bei dieser Tätigkeit um die Annahme von Amtsbeugnissen handelt.

Wir fragen deshalb den Herrn Innenminister und den Herrn Justizminister an:

1. Ob sie das Verhalten der Beamten ihrer Ressorts im Kreise Konik billigen?
2. Was sie zu tun gedenken, daß unsere vorhin geschilderte verfassungsmäßige Arbeit weder im Kreise Konik noch sonstwo weiterhin gestört werde?

Warschau, den 22. Juni 1926.

Die Interpellanten.

Eine Krisenstimmung.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Die Regierung steht fest bei ihrer Absicht, die Verfassung zu „entdemokratisieren“, wie der neue Sachausdruck der Linken, und vor allem der Sozialisten, heißt. Die Sozialisten, von Anbeginn die begeistertsten Verehrer des Marschalls Pilsudski, erhoben sich allmählich von dem Schrecken, den ihnen der Marschall bei seiner heftigen Abkantung der Parlamentarier beigebracht hat, und ihr Vorsitzender im Sejm, Dajzyński, ergreift nun öffentlich in der Presse selbst das Wort. Er gibt sich den Anschein, daß er sich gegen die Zeitungen der Rechten wende, die angeblich das Argument aufgegriffen hätten, daß sich der Sejm nur aus Schuft und Dieben rekrutiere, und daß der Sejm, wenn er nicht gehorche, die Peitsche zu fühlen bekommen werde. Diese Worte stammen aber nicht von der Rechten, sondern Pilsudski ist es, der sie ausgesprochen hat. Und Dajzyński erinnert daran, daß der Marschall einst selbst den Hundegeschall auf das schärfste bekämpft habe, und so bekämpft er den heutigen Pilsudski, der den Sejm auf unbestimmte Dauer nach Hause schickt und nur durch Dekrete des Präsidenten regieren will, mit dem Pilsudski von früher. Also immer noch Respekt genug, um ganz offen herauszusagen, was man denkt, aber schon Erregung genug, um es deutlich genug zu zeigen.

Wenn man heute sieht, wie wütend sich das sozialistische Blatt „Robotnik“ dagegen wehrt, daß der Finanzminister Klarnier, der aus dem reaktionären Lager hervorgegangen ist, heute bei der Vorlage des Budgets für das zweite und dritte Jahresviertel die Vertrauensfrage stellen soll, so kann man ermessen, wie weit der Widerstand der Sozialisten gegen die Regierung gewachsen ist. Der „Robotnik“ sagt, wie kann man überhaupt das Vertrauen für eine Regierung verlangen, die gar nicht mit Hilfe der Mehrheit des Sejms zu stande gekommen ist, und das Blatt scheint ganz vergessen zu haben, daß die frühere Regierung Witos unter dem Jubel der Linken mit einer Revolution gestürzt worden ist, daß eine neue Regierung so rasch wie nur möglich gebildet werden mußte, und daß es bei den vorangegangenen Krisen stets Wochen dauerte, bis man sich endlich auf eine Mehrheit, die oft dürftig genug war, einigen konnte. Trotzdem nennt der „Robotnik“ das ganze jetzige Vorgehen, eine Komödie und verlangt nach wie vor die sofortige Auflösung des Sejms.

Es wird die Frage entstehen, wie die Minderheiten, und vor allem die deutsche, den gegenwärtigen Vorgängen gegenüberstehen soll. Die Linke wird die Vorschläge zur Verfassungsänderung in ihrer jetzigen Form bekämpfen, vor allen Dingen will sie es nicht zulassen, daß der Sejm bei der gesetzgeberischen Arbeit ausgeschaltet wird, indem man ihn, nach Pilsudskischem Wunsch, auf unbestimmte Zeit nach Hause schickt und indessen die Gesetze durch Verfügungen des Präsidenten macht. Die Linke hat in ihrem Programm aber die schönsten und verführerischsten Dinge stehen, vor allen Dingen in bezug auf die Behandlung der Minderheiten. Allerdings sieht man zunächst nur die gefährlichen Östämme, nämlich die Ukrainer und die Weißrussen, in den Vordergrund gerückt. Es ist der weiterschauenden Linken doch klar geworden, daß man diese Stämme versöhnen muß. Sie sind am meisten der russischen Agitation ausgesetzt, und man darf sie nicht allzu sehr verärgern, wenn man nicht will, daß sie eines Tages zu gefährlichen Feinden des polnischen Staates werden, und dies gerade in kritischen Momenten. Man will den Ukrainern und Weißrussen sogar eine Selbstverwaltung geben. Das ist viel, wenigstens in der Theorie. Aber die Ukrainer, die auch ihre Erfahrungen haben, stehen dieser Annäherungsversuche mehr wie kühl gegenüber. Sie haben auf einer Tagung in Lemberg sogar behauptet, es handle sich auch hierbei, wie schon so oft, nur darum, dem Ausland eine schöne Fassade zeigen zu können. Die Nationaldemokraten haben sich sofort die Mühe gegeben, das Mißtrauen der Ukrainer zu bestätigen, indem sie die Bewilligung einer Selbstverwaltung ein unerhörtes Verbrechen nannten, das man unter allen Umständen auf das energischste bekämpfen müsse. Nun haben die Nationaldemokraten einen weiteren Beweis ihrer Gefühle gegenüber den Minderheiten gegeben. Sie haben sich geweigert, mit den Minderheiten an demselben Tische zu sitzen, als der Ministerpräsident Bartel diese gemeinschaftlich mit den Vertretern der anderen Parteien zu dem politischen Tee einlud, auf dem er sein Programm darlegen wollte. So teilt es uns der „Robotnik“ mit, und so wird es auch von anderer Seite bestätigt. (Wir haben bereits gestern darauf hingewiesen. Red. „Pos. Tgl.“) Die Nationaldemokraten aber üben schon wegen ihrer Zahl den größten Einfluß auf den Sejm aus, und wenn es sich um Maßregeln handelt, die die Minderheiten betreffen, so

finden wir nur allzu oft selbst Mitglieder der linken Parteien auf der Seite der rechtsstehenden Gegner der Minderheiten. Praktisch also müssen wir befürchten, daß von den schönen, auf dem Papier stehenden Vorzügen der Linken nur wenig oder nichts in die Wirklichkeit überführt werden wird. Wenn nun die Linke ihren Kampf gegen die Pläne der Regierung beginnt, so kann die Gruppe der Minderheiten diesem Kampf ohne allzu große Herzenszerregung zusehen. Sie hat nicht nötig, Partei zu ergreifen, und es läßt sich eher denken, daß ein mutiger Ministerpräsident oder Minister auf dem Verfüngsweg noch eher eine minderheiten- oder sagen wir glatt eine deutschfreundliche Verfügung trifft, als die Mehrheit des Sejm.

Etwas anderes war es, als es sich um die Abgabe eines Vertrauensvotums für den Sejmarschall Rataj handelte. Der Westmarkenverein hatte wieder einmal einen seiner berühmten Aufrufe erlassen. Es ist darin die Rede von der Raubgier der Deutschen, die in listiger Ausnutzung der Friedensliebe der Völker wieder einmal nach dem Osten drängen, und die in hinterlistiger Weise in Oberschlesien und Pommern agieren. Diesen unerhörten verheerenden Aufruf hat unter anderen auch Rataj unterschrieben, und es war selbstverständlich, daß die Deutschen den Saal verließen, als über ein Vertrauensvotum für Rataj abgestimmt wurde, wie dies Debbski, der Parteifreund Ratajs (Piast) vorschlug. Auch die Ukrainer und Weißrussen gingen bei der Abstimmung hinaus. Nur die Piasten, die nationalen Arbeiter und die Sozialisten waren für Rataj. Die „Wyzwolenie“ war unentschieden. Aber Daszjyński, der Bizemarschall, der den Vorstoß führte, war der Ansicht, daß eine starke Mehrheit vorhanden sei. Von anderer Seite wird behauptet, daß überhaupt keine Mehrheit für Rataj zustande gebracht wurde. Doch ist dies schließlich gleichgültig. Herr Rataj, der durch die Presse der Rechte (eigentlich handelt es sich nur um ein Blatt) nach seiner Auffassung allzu stark beleidigt wurde, will aus Gesundheitsrücksichten gehen, und es heißt, daß er Kultusminister werden soll, ein Amt, das sich also mit einer weniger widerstandsfähigen Gesundheit verträgt.

Ohne Bartel hat dann die eigentliche Sitzung mit der Budgetrede des Finanzministers Klarner begonnen. Von den furchtbaren Tagen der Mairevolution war mit keinem Worte mehr die Rede. Und dies mag wohl die eigenartigste Erscheinung der jetzigen Tagung genannt werden. Man spricht nicht von der Revolution. Man tut so, als sei sie nicht dagewesen. Eigentümliche Geistesverfassung, oder doch noch die starre Furcht vor der „Reitsche“ Putschs? Wenn wirklich der Sejm noch so sehr im Banne dieses Mannes steht, daß er seine Parteileidenchaften unterdrücken kann, dann braucht auch die Regierung nicht davor zu bangen, daß der Sejm den Muthaben wird, sie wegen der von Pilsudski verlangten Gesehe zu kürzen.

Am Schluß seiner Budgetrede hat Finanzminister Klarner tatsächlich die Vertrauensfrage gestellt, und zwar in der Form, daß er sagte, die Regierung werde ihr Bleiben davon abhängig machen, daß am bestimmten Termin das Budget angenommen worden sei. Dieser Termin liegt, nach früheren Äußerungen der Regierung, am 15. Juli. Am 5. Juli soll mit der Beratung der Gesehe für die Verfassungsänderung begonnen werden, da verfassungsgemäß für jedes Gesetz, das eine Verfassungsänderung bezweckt, 14 Tage zur stillen Ueberlegung gegeben werden müssen. Dann wird es sich entscheiden, welches Schicksal die Regierung treffen wird.

Einigermassen bezeichnend ist es, daß der Vertreter der Nationaldemokraten, deren Grundfatz es ist, Pilsudski zu hassen, der Regierung bei der Budgetdebatte ankündigte, daß seine Partei ihr das Vertrauen nicht bewilligen könne.

Unruhen in Gostynin.

Warschau, 24. Juni. (Pat.) Am Dienstag ist es in Gostynin zu blutigen Unruhen gekommen, die folgenden Verlauf nahmen: Der Oberpolizist Wiland wollte eine gewisse Marianna Komorowska wegen Markthandels an unerlaubter Stelle und wegen Widerstandes gegen die Obrigkeit nach der Polizeikommandantur bringen. Die Frau riß sich los, warf sich hin und begann zu schreien. Es entstand ein Auflauf, der das Gerücht im Gefolge hatte, daß ein Polizist eine schwangere Frau geschlagen hätte, wodurch angeblich Fehlgeburten eingetreten sei. Bald hatte sich eine ziemlich große Menschenmenge angesammelt, die sich nach dem Starostwo begab, wo sie die Auslieferung des Oberpolizisten verlangte. Der Starost erklärte, daß der Oberpolizist Wiland sofort verhaftet und nach Feststellung der Schuld dem Gericht übergeben werden würde. Diese Versicherungen des Starosten halfen aber nichts, und die Menge kam vor die Polizeikommandantur, wo sie den Willen kund tat, ein Selbstgericht abzuhalten. Die von unbekannten Agitatoren aufgewiegelt Menge griff die Kommandantur mit Steinen und Revolverkugeln an. Als die Frontzimmer der Kommandantur bereits mit Steinen demoliert waren und die sich im Innern befindenden Schutzeleute vor der Gefahr standen, von der Menge übermältigt zu werden, gab der Polizeikommandant den Befehl, von der Waffe Gebrauch zu machen. Die Salve forderte einen Toten und 8 Verwundete. Darab stob die Menge auseinander, und die Ordnung wurde im Städtchen hergestellt. Der Starost ordnete die sofortige Untersuchung der Komorowska an. Die Verzeigten fest, daß eine Fehlgeburten nicht vorgelegen habe, und daß die Komorowska keinerlei Verletzungen davongetragen hätte. Die Gerichtsbeförden führen eine energische Untersuchung. Bisher sind 20 Aufwiegler und Teilnehmer an den Unruhen verhaftet worden.

Um die Aenderung der Verfassung. Neue Vorschläge.

Dem „Kurjer Poczanski“ wird aus Warschau gemeldet: „In der Freitagssitzung des Sejm werden drei Abgeordneten anträge zu den Verfassungsänderungen erörtert werden, ein Antrag des Nationalen Volksverbandes, der Christl. Demokratie und der Polnischen Volkspartei (Piasten). Gestern haben der Vorstand und der Parlamentsklub des Nationalen Volksverbandes über die Verfassungsänderungen beraten. Der Klubvorstand der Christlichen Demokratie hat beschlossen, ein gesondertes Projekt einzubringen, in dem die Frage der Unantastbarkeit der Abgeordneten behandelt wird. Der Piastklub wird in einer Konferenz mit dem Premier seinen Entwurf zur Verfassungsänderung und Aenderung der Wahlordnung überreichen. Die Polnische Telegraphenagentur bringt folgenden Antrag des Entwurfs.

Artikel 1: Der Artikel 4 der Verfassung, nach dem das Budget für das folgende Jahr alljährlich durch das Gesetz festgelegt werden soll, erhält die Aenderung, daß das Budget für das nächste Haushaltsjahr festgelegt werden soll. Es handelt sich hier um eine eventuelle Aenderung der Haushaltsperiode.

Artikel 2 des Entwurfs beantragt die Streichung des Artikels 11 der Verfassung, des Grundfazes der Proportionalität bei den Wahlen, während bezüglich des Artikels 12 das Hinzufügen einer Bestimmung verlangt wird, durch die erst Bürger, die das 24. Lebensjahr beendet haben, das aktive Wahlrecht gegeben wird. Artikel 13 wird durch eine Bestimmung über das passive Wahlrecht abgeändert, das die Bürger besitzen sollen, die das 30. Lebensjahr beendet haben. Bisher galten für das aktive bzw. passive Wahlrecht die Altersgrenzen 21 und 25.

Artikel 3 des Entwurfs führt die Verantwortung der Abgeordneten für außerordentliche Tätigkeit ein und sichert die Unantastbarkeit des Sejm für Handlungen zu, die in den Grenzen der Sejmgeschäftsordnung stehen. Im Artikel 22 der Verfassung wird die Einführung von Aenderungen vorgeschlagen, die die Unantastbarkeit der Abgeordneten nicht für die Zeit der Dauer des Mandats, sondern für die Zeitdauer der Session zusichern.

Artikel 4 ändert den Artikel 24 der Verfassung dahin ab, daß der Sejm zu ordentlichen Haushaltsjessionen alljährlich nicht spätestens im Oktober, wie es bisher war, sondern 5 Monate vor Beginn des nächsten Haushaltsjahres einberufen werden soll. Außerdem legt der Sejm der Regierung die Pflicht auf, einen ausführlichen Haushaltsvoranschlag spätestens 6 Monate vor Beginn des nächsten Haushaltsjahres im Sejm einzubringen. Der letzte Absatz dieses Artikels der Verfassung wird dahin geändert,

daß der zur ordentlichen Haushaltsjession einberufene Sejm das Budget spätestens im Laufe von 6 Monaten vom Tage der Einberufung beschließen muß. Zu diesem Zwecke ist der Sejmmarischall verpflichtet, von Amts wegen den Haushaltsentwurf vor Ablauf der Frist zur Sejmabstimmung in zweiter und dritter Lesung zu geben. Der vom Sejm angenommene Entwurf wird vom Sejmarschall spätestens am darauffolgenden Tage nach Ablauf der zur Beschließung durch den Sejm festgesetzten Dreimonatsfrist an den Senat geschickt. Falls das Budget vom Sejm nicht innerhalb der festgesetzten Frist beschloffen wird, dann wird es von Amts wegen vom Senat erörtert, wobei eine Frist von 6 Wochen zur Vornahme von Aenderungen gestellt wird. Nach Zurückverweisung des Entwurfs an den Sejm ist dieser verpflichtet, die Sache binnen zwei Wochen zu entscheiden. Falls dies nicht geschieht, dann wird der Entwurf in der vom Senat angenommenen Form vom Staatspräsidenten veröffentlicht. Wenn der Sejm aufgelöst ist, aber ein Budget oder ein Provisorium fehlen, dann hat die Regierung das Recht, Ausgaben und Einnahmen in den Grenzen des Vorjahresbudgets zu tätigen. Dasselbe betrifft die Rekrutenkontingentierung.

Artikel 5 des Entwurfs führt die Verechtigung des Staatspräsidenten ein, Sejm und Senat auf Antrag des Ministerrates auflösen zu können.

Artikel 6 berichtigt den Fall, wo der Sejm einen vom Senat im ganzen abgelehnten Gesetzentwurf mit 11/20 Mehrheit wieder beschließt. In diesem Falle wird der Staatspräsident das Recht haben, binnen 30 Tagen vom Sejm eine neuerliche Erörterung des Entwurfs zu verlangen, der erst dann Gesetz wird, wenn er vom Senat mit Drei-Fünftel-Mehrheit bei Anwesenheit der Hälfte der gesetzlich festgelegten Zahl der Abgeordneten angenommen wird.

Artikel 7 ändert den Artikel 36 der Verfassung, in dem die Bestimmung aufgehoben wird, daß sich die Wahlbezirke zum Senat mit den Wojewodschaften decken.

Artikel 8 des Entwurfs ergänzt den Artikel 44 der Verfassung dadurch, daß dem Staatspräsidenten in der Zeit, da Sejm und Senat aufgelöst sind, das Recht gegeben wird, im Falle der Staatsnotwendigkeit gesetzestraftige Verfügungen zu erlassen, mit der Einschränkung, daß dieselben nicht Fragen des Budgets, des Rekrutenkontingents, der Aufnahme einer Anleihe, der Auerlegung von Steuern, der Festsetzung von Zöllen und Monopolen, sowie nicht Aenderungen im Münzsystem und in der den Selbstverwaltungen überwiebenen Gesetzgebung, betreffen. Diese Verfügungen sollen dem Sejm binnen 14 Tagen nach Zusammentritt der Kammer unter Androhung der Einbuße der Gesetzeskraft vorgelegt werden. Für die Aufhebung wird eine Mehrheit von drei Fünfteln bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Abgeordneten bestimmt.

Artikel 9 des Entwurfs führt in den Artikel 38 der Verfassung eine Bestimmung ein, die es verbietet, daß Mißtrauensanträge gegen die Regierung oder einzelne Minister in derselben Sitzung zur Abstimmung gegeben werden, in der sie eingebracht wurden.

Von der Haushaltskommission.

Eine Warschauer Meldung des „Kurjer Poczanski“ lautet: „Bei den Beratungen der Haushaltskommission über das Haushaltsprovisorium haben sich Schwierigkeiten in der Befolgung des Referats ergeben. Es ist charakteristisch, daß nacheinander die Abgeordneten Rymar, Lypaciewicz und Sliwinski die Uebernahme des Referats ablehnten. Da wandte sich der Vorsitzende der Kommission, Wbg. Glabinski, an den Bizemarschall des Sejm, Daszjyński, mit der Bitte, einen Referenten von Amts wegen zu bestimmen. Der Bizemarschall Daszjyński sandte darauf folgenden Brief an den Wbg. Roscialowski vom Arbeitsklub:

„Angeichts der Erklärung des Herrn Vorsitzenden der Haushaltskommission, daß die Kommission keinen Referenten für das jetzt behandelte Haushaltsprovisorium wählen könne, bestimme ich Sie zum Referenten mit der Bitte, dieser Pflicht zu obliegen.“

Der Wbg. Roscialowski nahm das Referat tatsächlich an. Das Verhalten der Linken der Regierung des Herrn Bartel gegenüber ist lebhaft kommentiert worden, besonders da der Wbg. Lypaciewicz im Verlauf der Diskussion erklärte, daß sein Klub, die Wyzwoleniegruppe, kein Vertrauen zur Regierung habe. Der Minister Klarner hielt eine zweistündige Rede. Aus den von ihm angeführten Ziffern sind die zu erwähnen, die den Gehalt betreffen. Das Defizit betrug also im Januar 84 Millionen, schwankte in den drei folgenden Monaten zwischen 8 und 10 Millionen, während der Mai ohne Defizit abgeschlossen wurde. Diese Erklärung des Ministers Klarner ist ein rühmliches Zeugnis für die Wirtschaft des Ministers Dziedziowski.

In der Diskussion ergriff u. a. der Wbg. Wisliski vom Jüdischen Klub und sprach von den hohen Steuern. Der Abgeord-

jchnitt des Festes regte sein künstlerisches Empfinden an. Die offenbar unter der Maske vergangener Generationen geführten Gespräche konnten interessant werden. Er antwortete in dem gleichen, etwas getragenen Ton:

„Ich bin katholisch, wie sich das für einen polnischen Starosten gehört.“

Munzer machte ihm eine tiefe Verbeugung.

„Verzeihung, Euer Gnaden, die Frage war allerdings töricht. Ich weiß ja, daß Ihr König Sigismund August den religiösen Kämpfen unserer freien Stadt Danzig verständnisvoller gegenüberstand als seine Vorgänger es getan haben würden.“

„Das nennen Sie „verständnisvoller“?“ unterbrach der Dominikaner den Sprecher. „König Sigismund hatte doch wahrhaftig die Stadt ernst genug ermahnt, zur alten Ordnung zurückzukehren, nachdem sie sich so demonstrativ zur Reformation hinzuneigen begann.“

— und Euch Mönchen die Ausübung der Seelsorge verboten.“

„Ich dachte“, schaltete Beneke vermittelnd ein, „der König hätte durch das Einrücken mit einem starken Truppenaufgebot das kirchliche und politische Gleichgewicht wieder hergestellt. Er hat die Mönche wieder eingekerkert die städtischen Körperschaften wieder vorwiegend mit Anhängern der alten Richtung besetzt und die Verkündung der neuen Lehre bei Todesstrafe verboten. In dem Erlaß der „Statuta Sigismundi“ wurde die politische und kirchliche Verfassung Danzigs dann festgelegt.“

„Bravo!“ sagte der als lutherischer Geistlicher gekleidete Herr Wallentin. „Euer Gnaden sind vorzüglich orientiert, das regt das Gespräch sehr an. Ich möchte noch hinzufügen, daß im Laufe der Jahre der Besuch der katholischen Gotteshäuser zurückging, die Klöster immer mehr verödeten und der Wunsch, das Abendmahl in zweierlei Gestalt zu nehmen, sich immer stärker regte. Die Oberpfarrkirche von St. Marien wurde durch allerlei Umstände schließlich zu einer Hochburg der Reformation, und der polnische König fand sich ja auch dann mit der Umgestaltung der kirchlichen Verhältnisse ab.“

„Zumal die Stadt seine ständigen Geldbedürfnisse ausgiebig befriedigte“, meinte der „Glasermeister“ pfiffig

lächelnd, „und auch der polnische Adel der neuen Lehre immer mehr zugeneigt begann. Wißt Ihr das Sprüchlein, durch das der königliche polnische Großkanzler dem Danziger Gefandten indirekt auf das stürmische Drängen der Bürger antwortete?“

Der Dominikaner antwortete mit Würde: „Was dürft Ihr viel suchen, möget Ihr doch tun in der Sache, was Ihr wollt. Königliche Majestät Euch nichts öffentlich und ausdrücklich zulassen, aber durch die Finger kann er wohl sehen.“

Alle lachten aus vollem Halse. Auch über Konstantias ernstes Gesicht glitt ein Lächeln.

Beneke meinte:

„Ich war am Sonntag in der Marienkirche,“ — er sah Konstantia an — „wo jetzt der lutherische Gottesdienst abgehalten wird, in der aber nach diesem indirekten Zugeständnis des Königs Sigismund noch zwei Priester verschiedener Konfession fünfzehn Jahre lang nebeneinander tätig waren! Eine Tatsache, die vielleicht ganz vereinzelt in der Geschichte besteht.“

Konstantia Rehmman, die bis jetzt schweigend dem Gespräch gelauscht hatte, sagte nachdenklich:

„Ich werde niemals verstehen können, wie man die Ueberzeugung eines Andersgläubigen ansprechen kann. Ich finde es engherzig und unkultiviert.“

„Sie sind sehr hart, meine Gnädigste,“ — der Vater Matthys spielte mit dem Kreuz, das auf seiner Brust glänzte, und er sah der Frau fest in die Augen. „Denken Sie auch über politische Gegensätze ebenso?“

„Das ist etwas anderes.“

„Weshalb?“

„Politische Grundsätze sind Ehrensache, kirchliche Ueberzeugungen nur Gefühlsache.“

„Sehr fein ausgedrückt“, versetzte der Glasermeister beifällig, — „Ehrensache — Gefühlsache! Hm! Na, meine verehrte Schwägerin hat nicht so ganz unrecht. Toleranz auf religiösem Gebiet kann bei dem Betreffenden großer Erfahrung und großer Menschenliebe entspringen, während Schlappheit in politischen Fragen sich manchmal der Charakterchwäche nähern dürfte.“

(Fortsetzung folgt.)

Copyright by Carl Duncker Verlag, Berlin W. 62.

Das rote Gemach.

Roman von E. Kiefling-Balentin.

(13. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Hausherr stellte auch die Herren vor: „Seine Hochwürden Herr Pfarrer Ballentin, Seine Hochwürden Herr Pater Matthys, Herr Glasermeister Stadtrat Munzer —“

Die lächelnden Verbeugungen und scherzhaften Mienen der Herren ließen Beneke erraten, daß die Titel Maske waren, passend zu den Kostümen, die sie — wie ihm Paleske später erklärte — in Anlehnung an den Beruf ihrer Vorfahren gewählt hatten.

„Herr Pfarrer Ballentin ist ein Nachkomme jenes geistlichen Herrn“, erläuterte mit Pathos der Hausherr, „den einst wieder alles Recht der Papst Alexander IV. zum Pfarrer von St. Marien ernannte. Der Leslauer Bischof jedoch wünschte seinen eigenen Offizial in die erste Pfarrstelle der Stadt zu bringen und verbot dem Danziger Rat die Anerkennung des vom Papste ernannten Geistlichen. Die Angelegenheit endete damals nach längerem Hin und Her damit, daß nach dem Tode des polnischen Geistlichen der päpstliche Protegé vom König anerkannt wurde, daß dieser sich jedoch nicht in Danzig behaupten konnte und schließlich als Pfarrer von Danzig in Rom seine Geschäfte führte. Was sagen Sie zu solchen Wunderlichkeiten?“

„Sie sehen hier, Euer Gnaden, die beiden Konfessionen in einem Disput, den auch schon in früheren Jahrzehnten unsere Ahnherren ausgefochten haben“, sagte der Glasermeister Munzer heiter zu Beneke, auf den starknagigen Dominikanerminnich und den Pfarrherrnweisend, der den schwarzen Mantel, die weiße Allongeperücke und den flachen, dunklen Schiffschuh der lutherischen Geistlichen des 18. Jahrhunderts trug. „Auch ich beteilige mich als biederer Glasermeister nach meiner Art an dem Meinungsaustausch der beiden hochwürdigen Herren. Darf ich fragen, welcher Konfession Sie angehören, Euer Gnaden?“

Beneke begann aus seiner Gleichgültigkeit zu erwachen, mit der er dieser Einladung gefolgt war. Der ganze Zu-

nele Wirtka von der Pistenpartei griff den Minister Klärner als rechte Hand W. Grabstis scharf an, da er jetzt seine Methoden anwende. Die Regierung führe keine Sparpolitik und erhöhe fortwährend die Zahl der Beamten und der Deparierements. Trotzdem werde der Pistenklub für das Provisorium stimmen. Der Abg. Lypacewicz von der Wyzwoleniegruppe sprach vom Stillstand in der Industrie. Es ergreifen dann noch die Abgeordneten Dabalski und Sanojca das Wort. Beide schnitten Produktionsfragen an. Obwohl sie viel Sympathie für die Regierung hätten, würden sie doch nicht für das Provisorium stimmen. Der Abg. Sanojca griff, nicht ohne Humor, das Biskupskilager heftig an.

Republik Polen.

Das Rücktrittschreiben des Sejmarfchalls.

Das Rücktrittschreiben des Sejmarfchalls Rafaj an den Wyzwolenieklub hat folgenden Wortlaut: „Herr Wyzwolenieklub! Ich melde heute meinen Verzicht auf das Amt des Sejmarfchalls an, mit der Bitte, dem Sejm meinen Entschluß mitzuteilen und die Funktionen des Sejmarfchalls bis zur Wahl meines Nachfolgers auszuüben. Ich habe mich schon längere Zeit aus Rücksicht auf meinen schlechten Gesundheitszustand mit der Rücktrittsabsicht getragen. Wenn ich noch gewisse Zweifel hatte, ob es mir bei der gegenwärtigen Lage erlaubt war, eine Sejmarfchalls-Liste selbst aus Gesundheitsrücksichten herbeizurufen, so habe ich mich in dem Augenblick, als in einigen Blättern, die offizielle Sejmarfchalls-Liste, überaus brutale und unbegründete Angriffe gegen mich erschienen, die zum Teil meinen Namen verletzten, als losgesprochen betrachtet. In peinlicher Befolgung des Grundgesetzes, daß ich Sejmarfchall des ganzen Sejm bin, beziehe ich nicht einmal die Freiheit, mich zu verteidigen. Diese Freiheit will ich erlangen, und ich will auch dem Sejm die Möglichkeit geben, zum Sejmarfchall jemanden zu wählen, der, ohne derartige Belastungen zu haben, bei der gegenwärtigen schwierigen Lage die Rechte des Parlaments mit größerer Autorität und vielleicht besserem Erfolg verteidigen könnte.“

Schwierigkeiten in Berlin.

Die Erledigung des Fürstenabfindungsgesetzes macht der deutschen Regierung und dem Reichstag doch größere Schwierigkeiten, als man angenommen hatte. Bei der geistigen Besprechung des Reichstags und der Führer der Regierungsparteien mit den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen ergab sich, daß diese Klugeparteien nicht gewillt sind, dem Gesetz in seiner jetzigen Fassung zuzustimmen. Während die Deutschnationalen darauf drängen, daß aus dem Gesetz alle Bestimmungen entfernt werden, die nach ihrer Auffassung eine Aenderung der Verfassung darstellen, geht den Sozialdemokraten das Gesetz nicht weit genug. Sie fordern eine wesentliche Verschärfung. Sie verlangen insbesondere die Wahl des einzusetzenden Sondergerichts durch den Reichstag, so daß an Stelle von Juristen Parteipolitiker zu urteilen hätten; ferner den entscheidungslosen Fortfall sämtlicher Kron- und Kronfideikommissrenten, endlich die Nachprüfung aller bisher in der Frage der Fürstenabfindung ergangenen Gerichtsurteile. Es ist ohne weiteres klar, daß man die Forderungen der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen nicht auf einen Nenner bringen kann. Infolge dieser unsicheren parlamentarischen Lage veranlaßte der Reichstagskanzler Dr. Marx den Vorsitzenden des Rechtsausschusses, die Verhandlungen über das Abfindungsgesetz auf Mittwoch zu versetzen. Reichstagskanzler und Parteiführer sowohl der Regierung als der Oppositionsparteien haben im Laufe des Tages öfter miteinander verhandelt, um einen Weg zu suchen, auf dem die Annahme des Abfindungsgesetzes mit der verfassungsmäßigen Zweidrittelmehrheit möglich sei.

Da bis in die Abendstunden dieser Weg noch nicht gefunden war, tauchten in den Wandelgängen schon wieder Krisengerüchte auf, die von einem Rücktritt der Regierung oder von einer Reichstagsauflösung sprachen. Die Reichsregierung und die Regierungsparteien haben den dringenden Wunsch, jede Krise zu vermeiden. Sie hoffen, daß schließlich die Deutschnationalen vernünftig genug sein werden, dem Abfindungsgesetz so, wie es ist, wenigstens zu einem Teil zuzustimmen, eine Hoffnung, für die man aber bis jetzt wenig Unterlagen hat.

In den Nachmittagsstunden empfing der Reichsminister des Inneren Dr. Stöfermann die Führer der Regierungsparteien, um sie daran zu verständigen, daß die Reichsregierung großen Wert auf die rasche Verabschiedung des deutsch-schwedischen Handelsvertrags legt. Wie es scheint, bereitet sich ein Kompromiß vor, das bei Annahme des deutsch-schwedischen Handelsvertrags eine Verlängerung der bisher ermäßigten Getreidezölle gleichzeitig mit einer gewissen Erhöhung, über deren Maß man noch nicht einig ist, vorsieht. Viel bemerkt wurde heute im Reichstag die Zustimmung der agrarisch gerichteten Abgeordneten der Rechten zum Annapachtgesetz. Man wollte wissen, daß sie für diese Zustimmung bestimmte Zugeständnisse auf dem Gebiet der Zölle verlangen.

Der Volksentscheid im französischen Lichte.

Das Ergebnis der Abstimmung über die Fürstenenteignung ist in Frankreich, soweit sich die Öffentlichkeit überhaupt in dem Wirbel der Frankfurterung und der Regierungskrisen dafür interessiert, mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Die Zeitungen haben allerdings alles mögliche versucht, um dem französischen Volk zu beweisen, wie wichtig dieser Vorgang sei, weil hier dem deutschen Volk auf seine wahre Gesinnung der Puls gefühlt werden könne. Aber die Bevölkerung selbst, und gerade auch die Gebildeten, die in der Geschichte ihres Landes Bescheid wissen, haben sich dadurch nicht weiter aufregen lassen. Sie erinnern sich an die „Emigrantenmilliarde“, sie erinnern sich daran, daß auch einmal der König Louis Philipp und seine Familie enteignet wurden, daß das zweite Kaiserreich ruhig an dieser Enteignung festgehalten hat, daß aber die dritte Republik in ihrem Anfang eine Entschädigungspflicht des Staates anerkannt und beschloß. Immerhin ist bezeichnend, wie die Presse das Stimmenergebnis auszuwählen versucht.

Der „Temps“ in seinem halbamtlichen Leitartikel und das „Journal des Debats“ behandeln das Abstimmungsergebnis beinahe auf gleiche Weise, entweder infolge einer „präfabrizierten Harmonie“ der Ideen, oder wahrscheinlicher auf eine besondere Lösung hin. Sie schreiben nicht etwa Peter und Morio, weil der sozialistisch-kommunistische Versuch mißglückt ist. Man hätte das annehmen können, denn sie hatten es noch vor kurzem geradezu als eine sittliche Pflicht des deutschen Volkes hingestellt, daß die Fürsten enteignet werden müßten. Aber es ist nun einmal Lösung in hiesigen politischen Kreisen, besonders auch in der Nähe der Regierung, die republikanische Entwicklung in Deutschland zu „ermutigen“, ähnlich wie Bismarck nach 1870/71 dem deutschen Volschaffler in Paris empfohlen hatte, an der Stärkung des republikanischen Gedankens in Frankreich so gut wie möglich mitzuwirken.

So kommt der „Temps“ zu dem Ergebnis, daß die Abstimmung wenn nicht einen materiellen, so doch einen moralischen Erfolg

Fortwährend werden noch Bestellungen für das „Posener Tageblatt“

für die Monate Juli, August und September von den Postämtern, unseren Agenturen und in der Geschäftsstelle, Poznań, Tiergartenstraße 6 entgegengenommen.

folg derjenigen bedeute, die die Fürstenenteignung gefordert hätten. Der republikanische Gedanke in Deutschland mache sichtliche Fortschritte. Das Blatt sagt, daß in der letzten Zeit aus Anlaß der bedeutungsvollen Wahlen, sogar bei der Präsidentenwahl, bei der Hindenburg den Sieg davongetragen habe, niemals mehr als 28 bis 30 Millionen Stimmberechtigte an die Urne gebracht worden seien. Infolgedessen müßte man feststellen, daß gestern die Hälfte der wirklich als politische Kraft in Betracht kommenden Wahlberechtigten sich in aller Form gegen die abgelehnten Fürsten ausgesprochen habe, sogar auf die Gefahr hin — und hier kommt ein Eingeständnis des Blattes, zu dem es sich bezeichnenderweise vor der Abstimmung nicht bequemt hatte — ein Unrecht zu begehen dadurch, daß die Fürsten ihres persönlichen Eigentums beraubt würden. Wie bedenklich es war, überhaupt den Feldzug für eine Enteignung der Fürsten zu eröffnen, geht ferner daraus hervor, daß die Stimmen, die sich dafür ausgesprochen haben, dahin ausgelegt werden, als ob sie indirekt auf diese Weise den deutschen Fürsten die Schuld am Weltkrieg hätten zuschieben wollen. „40 v. H. der deutschen Wähler haben gestern in aller Form die Fürsten, auf denen die Schuld und die Verantwortung der Entfesselung des Weltkrieges liegt, verleugnet.“ Dieser Ton hat im übrigen auch vor dem Abstimmungsergebnis in den verschiedenen Blättern und Zeitschriften immer wieder angeklungen, wie überhaupt die Verleugnung der Tradition, ja die ganze Revolution von 1918 in einem solchen Sinne aufgefaßt oder wenigstens auszudeuten versucht wird, allen französischen Entschuldigungen der letzten Zeit zum Trotz, die doch geeignet sind, zum mindesten die Mitschuld der französischen Vorkriegsregierungen an der Katastrophe zu erweisen.

Das „Journal des Debats“ sucht gleichfalls einen moralischen Sieg der Urheber des Volksentscheids festzustellen, der um so höher zu werten sei, als die katholischen Bischöfe die Enteignung gegen den ursprünglichen Willen vieler Katholiken beurteilt hätten, und als nicht zwischen Kronrenten und eigentlichem Familieneigentum unterschieden worden sei. Es bedauert, daß nicht im Friedensvertrag die Beschlagnahme des deutschen Fürsteneigentums, wenigstens des Eigentums der Hohenzollern, zugunsten der Wiederherstellungsklasse festgestellt worden sei. Es zollt dem „Daily Chronicle“ Beifall, weil dieses englische Blatt sehr richtig bemerkt habe, daß die Verbündeten ein Wort in der Frage mitzusprechen hätten, denn die den Hohenzollern zurückgegebenen Reichtümer würden der Masse des deutschen Volksvermögens entzogen, das für die Ausführung des Daweschens Planes verpfändet sei.

Im Leitartikel der Wirtschaftsausgabe der „Information“ heißt es: Wenn die Franzosen aus dem gestrigen Volksentscheid eine Lehre ziehen, nachdem 29 Millionen Deutsche gefunden haben, daß Deutschland genügend reich sei, um seinen verschwundenen Ruhm und seine jetzigen Trümmern zu bezahlen, während man in Frankreich infolge ungenügender Entschädigungsleistungen zusammenbricht, so werden sie die Amerikaner vom Schlege des Herrn Soughton und Konsorten bitten, die Schlußfolgerung aus dieser Geschichte zu ziehen.

Die ultranationalistische „Liberte“ sagt, 15 Millionen Stimmen gegen die Monarchie, das sei an sich viel, aber 23 Millionen Enthaltungen sei doch noch bedeutend mehr. Diese Volksbefragung werde noch Folgen haben. Der Feldmarschall Präsident Hindenburg, der klar für die Hohenzollern Partei ergriffen habe, werde noch einflußreicher werden als vordem. Die Monarchisten würden ermutigt. Die Hohenzollern erscheinen durch ein solches Volksurteil beinahe als reingewaschen, ganz abgesehen davon, daß sie über bedeutende Geldmittel für eine monarchische Restauration verfügten.

Amerika und der deutsche Volksentscheid.

Nur einzelne Zeitungen äußern sich zu dem Ausgang des Volksentscheids. So schreibt die demokratische „New York World“: Deutschland habe durch den Volksentscheid einen weiteren Beweis seiner gefunden Vernunft und seiner Stabilität gegeben. Die republikanische „New York Sun“ erklärt, die überwiegende Mehrzahl der Deutschen sei für derartige radikale Maßnahmen zu konservativ gestimmt. Der republikanische Senator von Wisconsin, Jerome V. Kenroth, erklärte dem Vertreter der „United Press“, das Ergebnis des Volksentscheids sei ein Beweis für die gesunde politische Einstellung Deutschlands. Senator Borah sagte, der Volksentscheid sei eine rein innere Angelegenheit Deutschlands und beeinflusse die Haltung Amerikas in keiner Weise. Ebenso äußerte sich auch der republikanische Abgeordnete Hamilton Fish, der auch auf nachdrücklichste einen Einfluß des Volksentscheids auf die Freigabe des deutschen Eigentums in Ubrede stellte. Das Blatt „Herald“ und die „Tribune“ erklärt, es müsse Deutschland hoch angerechnet werden, daß es sich einer rein gefühlsmäßigen Regelung der Eigentumsfrage widersetzt habe. Die „Times“ schreiben, jede Wahl in Deutschland zeige immer wieder, daß das Land weber den Rechts noch den Linksradikalen folgen wolle. Deutschland sei, wie auch der Reparationsagent Parler Gilbert immer wieder hervorgehoben habe, vollkommen und in jeder Beziehung stabilisiert. Die „New Yorker Staatszeitung“ weist darauf hin, daß auf jeden Fall die Republik als solche in dem Kampf keinen Schaden erlitten habe. Die Frage habe auch keineswegs auf Republik oder Monarchie gelautet, und derjenige würde einen großen Fehler begehen, der in dem Ergebnis ein Vertrauensvotum für die Monarchie sähe. Das Problem sei nunmehr, die Ansprüche der Fürsten in möglichst billiger und gerechter Weise zu lösen.

Hochwasser in Deutschland.

Lenzen a. Elbe, 23. Juni. Der Zug hält. Die Fenster der Abteile werden heruntergezogen. Ein Staunen in den Gesichtern der Reisenden. Wir sind in Rubland, im Hochwassergebiete. Ein gewaltiger Wasserspiegel breitet sich vor uns aus; wohin das Auge auch nur blickt, nichts als Wasser, das teilweise die ersten Zweige kleiner Baumgruppen erreicht hat. Von den großen Unterunksthallen für das weidende Vieh, die dieses bei Unwetter schützen sollen, ragen nur noch die Dächer aus den Fluten hervor. Und am Bahndamm entlang ist zahlreiches Vieh angepöckelt, um es vor den Fluten zu schützen. Wie eine schäumende Mauer gegen die enormen Wassermassen steht im Hintergrund der gewaltige Komplex der Singer-Fabrik. Weiter geht es nach Cumloien, nach Lenzen und die Lenzenener Wälder; überall das gleiche trostlose Bild, ein Bild der Verwüstung, des Elends. Und über dem Ganzen bedrohen neue Regenwolken die Gegend.

Die Elbe ist nach dem gestrigen wolkbruchartigen Regen nach vorübergehendem Abfluten auf neue langsam weiter gestiegen und hat die Weiden und Wiesen in der Altmark und der Prignitz vollständig unter Wasser gesetzt. Zahlreiche Elbe- und Wiedeböhrer sind von den Fluten eingeschlossen und teilweise nur noch mit Rähnen zu erreichen. Die Bewohner rüsten sich zum Kampf gegen die Naturgewalten. Hunderte und Tausende von Händen sind mit den Abbaumungsarbeiten beschäftigt, denn die Katastrophen stehen noch bevor. Die Deichwachen sind alarmbereit. Aberhunderte von Sanitätsdiensten sind für die Abbaumungsarbeiten bereitgestellt. Für Ende der Woche erwartet man den Höhepunkt der Hochwasserkatastrophe. So wird Lenzen vielleicht schon heute teilweise vom Wasser eingeschlossen werden, denn unaufhaltsam drängt das Wasser des Elbestromes in die Vödnitzmündung.

Die Vödnitz hat bereits bei Dömitz die Ufer überflutet und enormen Schaden angerichtet. Das Wasser steigt immer weiter, die Schäden sind unübersehbar. Mehrere tausend Stück Rindvieh und Pferde sind nach höher gelegenen Orten abgetrieben und in den Ställen untergebracht worden, insbesondere im hannoverschen Land, in Mecklenburg und nach der Westpreignitzer Höhe. Die Futtermittelknappheit macht sich bereits bemerkbar. Kartoffeln und Hafer stehen in großen Gebieten vor dem Verderben; die Heuernte ist zum größten Teil weggeschwemmt.

Der Eucharistische Kongreß in Chicago.

Der internationale Eucharistische Kongreß in Chicago wurde gestern mittag mit der feierlichen Wahl des päpstlichen Legaten, Kardinal Bonzano, zum Kongreßpräsidenten eröffnet. Der Eröffnung ging eine imposante Prozession durch die Straßen voran, an der 12 Kardinäle und eine große Anzahl von Bischöfen und anderen Würdenträgern der katholischen Kirche teilnahmen. An der Spitze des Zuges schritt Kardinal Bonzano, der als Vertreter des Papstes den zu beiden Seiten spalierrbildenden Menschenreihen den Segen erteilte. Der Kongreß ist die größte religiöse Veranstaltung, die jemals stattgefunden hat. In den vierundzwanzig Stunden vor Eröffnung des Kongresses empfingen eine Million Menschen in fast 400 Kirchen die heilige Kommunion. Die Geistlichkeit war so stark vertreten, daß die Kathedrale keinen Platz für Laien bot. Diese standen und knieten während der Belebung der Heiligen Messe in den umliegenden Straßen, und zwar wird die Zahl der Personen, die außerhalb der Kathedrale der Messe beizuhören, auf 10 000 geschätzt. Der Gottesdienst wurde durch Lautsprecher den Anwesenden vermittelt, die sowohl die Predigt des die Messe zelebrierenden Bischofs als auch die Glockenzeichen des Sanctus deutlich hörten. Als die Monstranz mit dem Allerheiligsten emporgehoben wurde, fiel das Volk einschließlich der Menschen auf den Dächern der umliegenden Häuser auf die Knie. Während des Gottesdienstes wurde eine päpstliche Rundgebung über die Bedeutung des Eucharistischen Kongresses verlesen.

Das Kabinett Briand-Caillaux.

Nach der Unterredung mit Caillaux, die bis 1/2 1 Uhr dauerte, gab Briand folgende wichtige Erklärung ab: „Die Politiker der Linken haben Poincaré bringen darum gebeten, das Finanzministerium zu übernehmen. Poincaré hat das Finanzministerium jedoch abgelehnt. Da die von mir geplante Kombination damit gescheitert war, habe ich mich zu dem Präsidenten der Republik begeben müssen, um ihm mitzuteilen, daß ich die Kabinettsbildung nicht übernehmen kann. Der Präsident der Republik hat aber darauf bestanden, daß ich das neue Kabinett bilde. Ich habe darauf Caillaux gebeten, mit mir zusammen zu arbeiten. Caillaux hat angenommen. Wir rechnen darauf, daß wir Ihnen heute abend Näheres sagen können. In dem Kabinett, das wir bilden werden, wird ein neues Element vertreten sein.“

Das neue Kabinett Frankreichs.

Gestern abend 6 1/2 Uhr brachte die Staats-Agentur folgende mutmaßliche Zusammensetzung des zehnten Briand-Kabinetts: Premier und Außenminister — Briand, Finanzen — Caillaux, Justiz — Lavall, Inneres — Durand, Krieg — General Guillaumat, Marine — Lehgues, Unterricht — Rogaro, Handel — Chapal, öffentliche Arbeiten — Daniel Vincent, Ackerbau — Pinec, Kolonien — Perrier, Arbeit — Durajour. Eine spätere Meldung bestätigt die Zusammensetzung, indem hinzugefügt wird, daß zu Unterstaatssekretären ernannt wurden: Danielou — Präsidium, Pietri — Finanzen, Dubou — Budget und Tesor, Laurent Chnac — Angelegenheiten, Salade — Marine, Dutrei — befreite Gebiete, Ramail — technischer Ausfüh.

Vom neuen französischen Kabinett.

Paris, 24. Juni. (N.) Aus der im „Journal Officiel“ veröffentlichten Liste der neuernannten Minister ergibt sich, daß Justizminister Lalab die Leitung der eckelotbringenden Angelegenheiten beibehält. Das Kabinett hält am Freitag abend seinen ersten Kabinettsrat ab, und am Sonnabend vormittag den ersten Ministerrat. Finanzminister Caillaux erklärte, daß er mehrere Tage Zeit brauche, um einen Finanzplan auszuarbeiten. Die neue Regierung wird sich daher dem Parlament kaum vor Dienstag vorstellen. Nach Parteimitgliedern setzt sich das neue Kabinett wie folgt zusammen: 9 Radikale, 3 Sozialrepublikaner, 3 Mitglieder der Radikalen Linken, 4 Sozialrepublikaner, 1 unabhängiger Sozialist, 1 Mitglied der demokratisch-republikanischen Linken und ein Nichtparlamentarier.

Letzte Meldungen.

Falschmünzer.

Breslau, 23. Juni. (N.) Hier ist von der Polizei eine Falschmünzerbande aufgehoben worden. Die Täter, ein Maurer, seine beiden Söhne und ein Pader, wurden in Untersuchungshaft genommen. Die Verhafteten haben falsche 3-Markstücke hergestellt und in den Vorstädten verbreitet.

Mord?

Flauen, 23. Juni. (N.) Eine Stunde von Flauen entfernt wurde im Walde die Leiche eines etwa 40 Jahre alten Mannes gefunden. Es wird ein Verbrechen vermutet. Der Tote hatte weder Papiere noch Geld bei sich.

Eisenbahnunglück in Brasilien.

Newyork, 24. Juni. Wie dem „Newyork Herald“ aus Buenos Aires gemeldet wird, entgleiste ein Eppreßzug der brasilianischen Zentralbahn auf der Fahrt von Rio de Janeiro nach Minas Geraos aus unbekannter Ursache. Es sollen Hunderte von Reisenden verletzt worden sein.

Der Aufschlag auf Kemal Pascha.

Angora, 24. Juni. (N.) Die Protestkundgebungen gegen die Verschwörer werden von der Bevölkerung fortgesetzt. Alle Abgeordneten und Mitglieder der Fortschrittspartei sind festgenommen worden. Die Verhaftungen anderer beteiligten Personen dauern an. Der Prozeß vor dem Sondergericht beginnt morgen.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Sthra; für Stadt und Land: Rudolf Herberichs meher; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild“: Robert Sthra; für den Angelegenheit: S. Schwarzlopp, Kosmos Sp. z. o. o. — Verlag: „Posener Tageblatt“. Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Bohrer „Mecano“

La Courneuve, Seine, Frankreich als erstklassiges Fabrikat weltberühmt, soeben angekommen. Die alleinigen Vertreter für Polen:

Brucia Szafir, Warszawa, Twarda 29, Tel. 101-18 besitzen ständig auf Lager eine große Auswahl Bohrer in allen Größen. — Verkauf an Ladenbesitzer, Genossenschaften und Landwirtschaftliche Vereine.

Ersparnis an Zeit und Arbeit gewähren nur die BOHRER „MECANO“.

Dienstag, den 22. Juni 1926, abends 8 Uhr verschied infolge eingetretener Herzschwäche mein innigstgeliebter Mann, der gute Vater und Großvater unserer Kinder und Enkelkinder, der

Lehrer und Kantor in Kositzin Max Nachtigal

im 64. Lebensjahre.

In tiefer Betrübnis:
Alma Nachtigal.

Kositzin, den 23. Juni 1926.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 25. Juni 1926, um 5 Uhr nachm. in Kositzin statt.

Gestern starb plötzlich unser langjähriges, treues Mitglied

Herr Lehrer und Kantor Max Nachtigal.

Der in seinen Ämtern unermüdlich fleißige Mann war für unsere Kirchengemeinde und Schulgemeinde ein unschätzbare Segen.

Wir werden ihm deshalb über das Grab hinaus ein dankbares und ehrenvolles Andenken bewahren.

Kositzin, den 23. Juni 1926.

Der evangel. Gemeindegemeinderat u. evgl. Schulgemeinde.

Am 22. Juni abends verschied plötzlich am Herzschlage Herr Lehrer und Kantor

Max Nachtigal.

Er war Gründer der hiesigen Spar- und Darlehnskasse und hat während der 25 Jahre sein Amt als Kassendirektor der Kasse mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit verwaltet. Wir haben durch das Hinscheiden dieses ersten und einzigen Ehrenmitgliedes einen unerfesslichen Verlust erlitten.

Sein Andenken wird bei uns stets in Ehren gehalten werden.

Kositzin, den 23. Juni 1926.

Vorstand und Aufsichtsrat
der Spar- und Darlehnskasse Kositzin.
Smolny. Kaweczi.

Am 16. d. Mts., um 4 Uhr nachm. verschied in Gott, wiederholt mit den hl. Sterbesakramenten versehen, nach kurzem und schwerem Leiden mein teuerster Gatte, unser innigstgeliebter Vater

Felix z Olexowa Gniewosz

Marianer- und Malteser-Ritter

im vollendeten 55. Lebensjahre.

Die Ueberführung zur Pfarrkirche in Sroda fand am 19. Juni um 10½ Uhr, darauf die Trauerandacht und vorläufige Beisetzung auf dem Friedhofe statt.

Um stille Andacht bitten in tiefstem Schmerz
die Gattin nebst Kindern.

Besondere Anzeigen werden nicht versandt.

Sroda, den 23. Juni 1926.

Toilette- Seife

Miaflor beseitigt alle Hautunreinigkeiten.
Loran, Luxustoiletteseife von unerreichter Qualität und prachtvollem starkem Parfüm.
à la Glycerine für zarten Teint.
Przemyslawka mit bekanntem Eau de Cologne - Geruch der „Przemyslawka“ erfrischt und erhält den Teint jugendfrisch und zart.
Fleurs de Stambul, Seifenkörper in bester Qualität, starker, schwüler, orientalischer Geruch.

Original nur mit Firma **Henryk Zak**, Parfümerie u. Seifenfabrik.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes und unseres guten Vaters, sowie Herrn Pastor Ruz für die trostreichen Worte am Grabe sagt

herzlichen Dank.

Auguste Vallert und Kinder.

Rogozno, den 23. Juni 1926.

Max Baum

Beerdigungs-Institut

Poznań, ul. Kantaka 6 (fr. Bismarckstr.)

Schulverein „Below-Knothesches Lyzeum“ und Schulverein „Deutsches Gymnasium“.

Zur Besprechung von Lehrplanfragen u. anderen Schulangelegenheiten laden wir unsere Mitglieder für Donnerstag, den 1. Juli, nachm. 4 Uhr in den Turnsaal des Below-Knotheschen Lyzeums Waly Jana III. Nr. 4, hiermit ein.

Die Vorstände

Dr. Swart. Kammel.

Gesundes, reines Blut. Frische gesunde Gesichtsfarbe.

Kruschen-Salz

Gesunder Magen, Leber, Nieren, Stoffwechsel, Verdauung.

Zu haben in der **Drogeria Warszawska, Poznań**, ul. 27. Grudnia 11.



Albert Stephan
Uhrmacher

Poznań, ul. Półwiejska 10

(Halbortstr.) 1 Treppe

empfiehlt seine fachmännische und gewissenhafte Ausführung von Reparaturen, sowie Neuverkauf unter reeller Garantie und mässigen Preisen.

Modernisierung von Dampfdruckmaschinen durch Einbau von Kugellagern

führt zu mässigen Preisen in kürzester Zeit aus. Große Erfahrung an Kraft, Schmierung, Bedienung.

Paul Seler, Maschinenfabrik. Tel. 2480

Poznań, ulica Przemysłowa 23.

Zu taufen gesucht
1 Benzol- oder Gasmotor

3-4 PS., liegendes Modell, möglichst Fabrikat Deutz od. Gille. Angabe des Baujahres und ob noch im oder außer Betrieb. Angeb. nebst Preis u. A. P. 1372 a. d. Gschft. d. Bl. erb.

Felgen und Speichen

(trock., abgelagerte Ware) in Buchen, Eichen u. Eschen. kleinere u. größere Posten zur sofortigen Lieferung gibt ab **A. Schwisohn, Poznań** Przemysłowa 24/25. Tel. 5080.

Rechnungsführer

evangel., unverheiratet, firm im Fach, gest. a. beste Zeugnisse, der Hof- und Speicherverwaltung z. übernehmen hat, zum 15. 7. od. 1. 8. 1926 gesucht. Beherrschung der polnischen Sprache in Wort und Schrift erwünscht. doch nicht Bedingung. Angebote mit Lebenslauf, begl. Zeugnisabschr. u. Gehaltsanspr. einfinden. Vorstell. n. a. Wunsch.

von **Blücherse Güterverwaltung**,

Oficyni, fr. Pöbau (Pommerellen), (Dzirowie, pow. Lubawa, Pomorze).

Für eine Schneiderin suche ich eine gebrauchte

Nähmaschine,

die in bester Ordnung ist, zu kaufen und bitte um Ang. **E. Schmidke, Swarzędz**.

Garantiert reiner

Blütenbienenhonig

zu kaufen gesucht.

Offerten unter 1373 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ernte-Pläne

am billigsten i. d. Großhandlung **Kazimierz Twarowski, Poznań**, Stary Rynek 76, 1. Etage (gegenüber der Hauptwache).

Frisch entleerte

Weinfässer

Inhalt je 130 bis 300 Ltr. haben abzugeben **NYKA & POSŁUSZNY**

Weingroßhandlung

Poznań

ul. Wrocławska 33/34.

Telephon 1194.

Pferderechen

ganz Automat

liefert sehr günstig

A. Nasielski, Poznań,

ul. 27. Grudnia 5.

Landw. Maschinen. Tel. 20-14

Poznań, ul. Przemysłowa 23.

Jüngerer Beamter,

unverh.

der poln. Sprache mächtig, sofort zur Vertretung, evtl. für länger.

ge sucht, ebenfalls energ., unverh.

Pieper-Przylecki, pow. Srem.

Rohr- u. Eisenhändler

20-24 Jahre alt, für kleinere Korrespondenz sowie Führung von Schlussbüchern gesucht. Offerten mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften unt. 1374 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Tüchtiger Werkmeister

für eine Ofenfabrik wird für bald gesucht. Anträge mit Zeugnisabschriften und Angaben über die bisherige Berufstätigkeit sind u. 1376 a. d. Gschft. d. Bl. zu richten.

Unverheirateter Müller

für Windbod sofort gesucht;

muß bei Windstille in der Landwirtschaft mithelfen. **Paul**

Pinke, Sroda, Łakowa 8.

Ebgl. Jrl. sucht Stellung

als **Kinderfräulein** evtl. als

Stäbe, Koch- und Nähkennt-

nisse vorhanden. Off. unter

1371 a. d. Geschäftsstelle d.

Bl. erbeten.

Wirtchaftsfräulein.

30 J. alt, kath., selbst., im besse-

Haush. tätig gew., **sucht Stell.**

bei einer einz. Pers. v. 1. 7. od.

15. 7. Angeb. unt. 1378 an

die Geschäftsst. dieses Blattes.

Wir suchen für einen

aus guter Familie **eine Dauerstellung.**

Arbeitsgeheverhand für die deutsche Landwirtschaft in Großpolen

Schüler od. Schülerinnen

gute Pension

mit Familienanschluß.

Offerten unter 1377 an die

Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gute Pension

finden Schülerinnen, evtl. auch

kleinere Schüler b. **G. Schalte**

Pat. Jackowstiego 191

(fr. Hollendorffstr.) **Poznań.**

Dreschmaschinen-

gelegenhaitskäufe!

Modernste Konstruktion,

Kugellager bes lange Schütt-

ler, große Siebflächen. Volle

Garantie. Für Dampf- und

Motorbetrieb. Sofort liefer-

bar in folgend. Abmessungen:

60 x 24 x 8

60 x 22 x 8

60 x 18 x 8

54 x 23 x 8

54 x 22 x 8

54 x 22 x 8

54 x 21 x 8

54 x 20 x 8

48 x 18 x 6

36 x 24 x 8

36 x 24 x 8

67 x 21 x 8

67 x 17 x 8

Günstige Preise, bequeme

Zahlungsbedingungen.

Hodam & Rebler, Danzig

Maschinenfabrik.

Gegründet 1885.

Filiale Grudziadz.

Zufolge eines günstigen Ge-

legenheitskaufs kann ich sofort

sehr billig ab meinem Lager

liefern:

Breitreder

in Eifengestell, nach Schient

Jähne, Landsberg, mit Auto-

mobilitätslagern, mit und ohne

Schüttler.

Bügelgöpel

40 Tonnen, Gewicht ca. 600,

800 und 1000 kg.

Getreide-

Reinigungsmaschinen.

Paul Seler,

Poznań, ul. Przemysłowa 23.

Getreidemäh-

maschinen.

Syl. Gormid Deutsche Wert.

in gebiegender Ausführung.

habe auch gegen Teilzahlung

abzugeben.

G. Scherfke, Maschinen-

fabrik,

Poznań, ul. Dąbrowskiego 95.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 24. Juni.

Landesverband deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Polen.

Die 5. Verbandstagung des Landesverbandes deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Polen findet vom 3. bis 5. Juli d. Js. in Posen statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte:

Am Sonnabend, 3. Juli, im Anschluß an die Hauptversammlung Vertreterversammlung vormittags 11 Uhr im kleinen Saale des Evangelischen Vereinshauses. Nach der Eröffnung des Jahresberichts und der Erledigung geschäftlicher Mitteilungen folgen Referate über „Das neue Schultuntersuchungsgesetz“ und „Gründung von Prüfungsausschüssen für Jugendkandidaten“, Ref. Rektor Guttsche-Posen. Nachmittags 4 Uhr: Aufsichtsratsitzung der „Regut“ und nachmittags 5 Uhr „Regut“-Mitgliederversammlung. Abends 7 Uhr Begrüßungsabend im Zoologischen Garten.

Sonntag, 4. Juli, vormittags 9 Uhr: Hauptversammlung im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses: Begrüßung, Verbandsthema „Das deutsche Kulturgut und die deutsche Schule in Polen“, Ref. Oberstudiendirektor Dr. Schönbeck-Bromberg. Nachmittags 2½ Uhr: Radiovortrag im Deutschen Gymnasium von Studienassessor Vogt-Posen. Abends 8 Uhr Festabend im Zoologischen Garten.

Montag, 5. Juli, abends 8 Uhr im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses: „Schule und Elternhaus Hand in Hand“, Ref. Paul Georg Münch-Leipzig.

Die Ursache der letzten Regenperiode.

Das schlechte Wetter, das seit Anfang Juni herrscht, hat sich in den letzten Tagen über ganz Europa ausgebreitet. Bei verhältnismäßig warmer Lufttemperatur treten in den einzelnen Landesteilen sporadisch immer neue Regenfälle ein. Die stärksten, wolkenbruchartigen Unwetter ereigneten sich in Südwestdeutschland, am Oberrhein und in der Schweiz. In den übrigen Gegenden waren die Regenfälle meist schwächer und von kurzer Dauer. Solche anhaltenden Landregen, wie sie an der Weichsel, der Elbe und an der Oder niedergehen und durch die auch das Hochwasser verursacht wurde, scheinen nicht mehr wiederzukommen. Dafür bleibt die Neigung zu Niederschlägen, stichweise und plötzlicher Art, nach wie vor bestehen. — Die Hauptursache der außergewöhnlich regenreichen Witterung ist nach Ansicht der Amtlichen Wetterdienststelle in dem Hochdruckgebiet zu suchen, das seit längerer Zeit im hohen Norden, über Grönland und Spitzbergen, liegt. Dieses Hochdruckgebiet tritt, wie man aus früheren Jahren weiß, jedesmal auf, wenn sich im Nordmeer starke Eismassen gebildet haben. Infolge des Hochdruckgebietes werden alle Depressionen, die sonst nach Norden vordringen, gezwungen, über das mittlere Europa hinwegzuziehen. Eine durchgreifende Besserung des Wetters dürfte daher, wie die Amtliche Wetterdienststelle glaubt, in der nächsten Zeit nicht zu erwarten sein. (Kette Ansichten!)

Wiankfeier.

In den gestrigen Wiank war der Wettergott offenbar stark interessiert; denn der Himmel hielt seine bisher ununterbrochen geöffneten Schleusen fest verschlossen, ohne auch nur ein einziges Tröpflein zur Erde zu lassen. Da war es denn eine Völkerverwanderung größten Stils, die nach dem Schlingengarten zu Fuß, mit Bahn und Wagen einsetzte. Im Rahmen des üblichen Festprogramms fehlten u. a. diesmal leider die halbschmerzlichen Fliegerkämpfe und die flackernden Scheinwerfermanöver. Aber sonst war für eine Ausgestaltung der übrigen Punkte von dem Ruderklub „Tryton“ Sorge getragen worden. Neben all den andern Vorrichtungen, wie Turnen, Schwimmen usw., fiel besonders auffällig das Feuerwerk aus. Die bootilluminatorischen Defiladen bereiteten sorgfältige Vorbereitung und erzielten berechtigten Beifall. In Sonnenwendstimmung traten die Kaufleute, die auf den Weiden waren, in vorgerückter Stunde ihren Heimweg an, an Straßenbahnseilen vorbei, vom guten alten Mond beschienen, der während der Plaketenschlacht einige ätherische Streifschiffe abgetrieben hatte, und von Autohupen oft hart zur Seite gedrängt, bis man im sicheren Hafen gelandet war.

Ist man zur Annahme eines Einschreibebriefes verpflichtet?

Wenn jemand die Annahme eines Einschreibebriefes verweigert, geht dieser mit dem postalischen Vermerk „Annahme verweigert“ an den Absender zurück. Der Empfänger hat aber die Folgen der Annahmeverweigerung zu tragen. Wer einen Einschreibebrief zurückweist, setzt sich ins Unrecht; denn die im Brief enthaltene Nachricht gilt rechtlich als ihm zugegangen. Der Absender vermag leicht nachzuweisen, was in dem Briefe stand, wenn der Brief abgesandt wurde, und daß der Empfänger durch die einfache Annahme des eingeschriebenen Briefes keinerlei Unkosten gehabt hätte. Eine Kündigung, die in dem Einschreibebriefe ausgesprochen wurde, ist also auch im Falle der Verweigerung der Annahme des Einschreibebriefes rechtlich wirksam, ebenso die Mahnung oder die Erklärung zur Zahlungsbereitschaft. Um Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, ist immer ratsam, Einschreibebriefe entgegenzunehmen; es liegt dies durchaus und immer im Interesse des Empfängers.

Vom Bromberger Blindenheim.

Die Generalversammlung des Bromberger Blindenfürsorgevereins fand am 7. d. Mts. statt.

Wie aus dem Bericht für das 37. Geschäftsjahr des Vereins hervorgeht, war der Vorstand in erster Linie besorgt, die ständigen Einkünfte zu sichern und zu vergrößern, um so das Bestehen des Blindenheims und damit die Existenz seiner fünfzig blinden Insassen, sowie den Betrieb der dem Heim angegliederten Arbeitsstätten trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage zu ermöglichen. Daß der rührigen Arbeitstätigkeit des Vorstandes und der vielfachen Unterstützung seitens der spendenden Bevölkerung sowie zahlreicher Kreisverbände und Stadtverwaltungen Posens und Pommerns konnte der Verein beim Jahresabschluß über ein Gesamtvermögen von 36 268,49 Z. zeichnen. Von dieser Summe sind im Laufe des Jahres 1925 verausgabt worden 35 519,97 Z., die zum größten Teil den Insassen des Blindenheims, sowie zahlreichen auswärtigen bedürftigen Blinden zugute gekommen sind. Die Bestrebungen des Vorstandes gehen dahin, das Heim für 50 blinde Männer zu erweitern und die Arbeitsstätten für 30–35 blinde Arbeiter zu vergrößern. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn alle Bevölkerungsschichten tätig mitwirken, sei es durch Mitgliedsbeiträge, sei es durch Erteilung von Arbeitsaufträgen im Blindenheim. Die blinden Frauen fertigen Strümpfe, Jacken, Wägen, Handschuhe usw. an, flechten Stühle, die Männer stellen Körbe usw. her.

Zum Schluß sprach der Vorsitzende den Anwesenden und allen, die am Wohle unserer Blinden Anteilnahmen, seinen Dank aus und bat um weitere Unterstützung der Bestrebungen des Vereins.

Bemerkte sei, daß das Blindenheim, das ebenso wie der Verein zur Fürsorge für die Blinden ohne Rücksicht auf Nationalität und Konfession seine Tätigkeit ausübt, sich selbst auf Nationalität und Konfession keine Rücksicht nimmt.

muß und nicht zu verwechseln ist mit der Blindenanstalt, welche eine Provinzialschule für blinde Kinder ist. Die Unterstützung der Bestrebungen ist aufs wärmste zu empfehlen.

X Akademische Personalnachrichten. Prof. Józef Paczostki, ordentlicher Professor der Systematik und Geographie der Pflanzen an der Universität Posen, wird am 25. d. Mts. das Diplom eines Dr. phil. honoris causa überreicht werden. Zum Dr. der Phil. promovierten Fräulein Maria Rózkowska aus Gorkowo und Lidia Seipelt aus Gdansk. Den Titel Dr. med. erwarb an der Universität in Lemberg Marjan Zwierzynski aus Gnesen.

X Der Unterricht in den Biely-Bialer Handelslehranstalten mit deutscher Unterrichtssprache in Biala beginnt mit dem 1. September d. Js. Die Lehranstalt besteht: aus einer zweiklassigen Handelschule für Knaben, aus einer zweiklassigen Handelschule für Mädchen, aus einem einjährigen kommerziellen Fachkurs und aus Sonderkursen. Die Anmeldung von Schülern und Schülerinnen nimmt die Direktion bis zum 30. Juni entgegen. Die Aufnahmeprüfungen werden am 1. Juli 1926 abgehalten. Nach den Ferien können Prüfungen nur ausnahmsweise (bei Krankheit usw.) abgehalten werden.

X Ein unangenehmer Nachklang. Der „Poste“ berichtet: Während der Maidovorgänge brachte von Posen nach Krasno ein Sonderzug die aus Akademikern gebildete Legion, die wahrscheinlich unter der Leitung des Generals von Dombor-Musnicki stand. Jetzt erhielt der General von der Eisenbahndirektion eine Rechnung für den Sonderzug von 38 000 Z.

X Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein unternimmt Sonntag, 27. d. Mts., einen Ausflug in das Welnatal bei Partowo. Abfahrt 7.40 nach Partowo. Rückkehr 21.05. — Am Peter und Pauls-Tag, Dienstag, 29. d. Mts., findet eine Wanderung von Schöffen an den Welnasen entlang (Waldgelegenheit) nach Rogasen statt. Abfahrt 7.35 Uhr nach Stoki. Rückkehr 21.05. Gäste sind bei den Ausflügen willkommen. Verpflegung mitnehmen!

X Zu der gestrigen Notiz „Wieder Einser“ teilt uns der Gastwirt Niemczal aus der ul. Szamarskiego 20 (fr. Kaiser Wilhelmstraße) mit, daß Skomian nicht in seinem Lokal von den Bauernfängern gerupft worden ist, sondern von ihnen dort hilflos zurückgelassen wurde, nachdem er vorher in einer Gastwirtschaft am Alten Markte um seine 1500 Z. gebracht worden war.

X Spurlos verschwunden ist seit dem 20. d. Mts. der 40 Jahre alte Bauunternehmer Union Garsta aus Krotoschin, verheiratet und Vater von 6 Kindern, der am genannten Tage nach Gzarnikau fuhr, dort ein Motorrad kaufte und um 1 Uhr mittags nach Posen weiterfuhr, um dort das Rad registrieren zu lassen. Er ist aber weder in Posen gewesen, noch in Krotoschin wieder eingetroffen. Ob er das Opfer eines Unglücksfalles geworden ist, steht zurzeit noch nicht fest.

X Aus dem Eisenbahngast ist gestern auf der Strecke Kobelnitz-Posen der Häftling Anton Bednarek aus Verzhowo, Kr. Posen, und zog sich eine schwere Verletzung beider Beine zu. Die erste Hilfe leistete ihm Dr. Janik aus Gdowo, darauf erfolgte seine Überführung ins Krankenhaus.

X Schwere Unglücksfälle. Am Sapiechplatz überfuhr gestern mit seinem voll beladenen Wagen der Landwirt Ludwig Olejniczak einen Ignaz Staliński und verletzte ihn so schwer, daß er dem Stadtkrankenhaus zugeführt werden mußte.

X Diebstähle. Gestohlen wurden: aus einer Wohnung Biergigice 28 (fr. Bitterstraße) ein Mantel im Werte von 160 Z.; aus einer Wohnung der Ordensbrüder Jesu vom Opatów Zumski (fr. Am Dom) ein Mantel im Werte von 70 Z.; vom Boden des Hauses St. Martinstraße 57 Wäsche im Werte von 500 Z.

X Vom Wassertier. Der Wasserstand der Warthe in Posen betrug heute, Donnerstag, früh +2,09 Meter, gegen +2,06 Meter gestern früh.

X Vom Wetter. Heute, Donnerstag, früh waren bei sonnigem Wetter 15 Grad Wärme.

Bereine, Veranstaltungen usw.

Freitag, den 25. 6.; Verein Deutscher Säng. Abends 8 Uhr. Übungsstunde.

Gottesdienst-Ordnung der deutschen Katholiken.

Vom 27. Juni bis 4. Juli.

Sonntag, ½ 8 Uhr Beichtgelegenheit; 9 Uhr Predigt und Amt; 3 Uhr Rosenkranz, Predigt und Segen; 4 Uhr Kinderfest des Verbandes deutscher Katholiken in der Grabenloge. — Montag, abends 6 Uhr Beichtgelegenheit. — Dienstag (Peter und Paul), ½ 8 Uhr Beichtgelegenheit; 9 Uhr Predigt und Amt; 3 Uhr letzte Herz-Jesu-Predigt, Andacht und Segen. — Mittwoch und Donnerstag fällt am Morgen Messe und Beichtgelegenheit aus. — Freitag: Herz-Jesu-Freitag. — Sonnabend, 6 Uhr Beichtgelegenheit.

*** Argentan, 23. Juni.** Am Freitag ging über die Stadt ein heftiges Gewitter mit vielen Blitzschlägen nieder. Ein Schlag traf in den großen Schornstein der Mierzejewskischen Dampfmaschine an der Lipier Straße, fuhr in das Kontor und beschädigte die Wand. In der Kullinskischen Sägemühle wurden durch einen anderen Schlag beschädigte Maschinen zerstört, so daß das Werk vorübergehend stillsteht. Auch in das Elektrizitätswerk schlug es ein, ohne aber bedeutenden Schaden anzurichten.

*** Hermannsdorf, Kr. Wirsitz, 17. Juni.** Gestern Abend kam der Besitzer Richard Riente mit einem schwer beladenen Bauholzfuhrwerk von Witoslaw zurück. Als er ins Dorf hinabfuhr, ritz die Reine, das Holz gab nach und rutschte den Pferden an die Beine. Dadurch scheuten diese und rasten den Berg hinunter, wobei R. Riente vom Wagen geschleudert wurde. Die Räder des Wagens gingen dem Unglücklichen über Arme und Beine. Er wurde in schwerverletztem Zustande nach dem Krankenhaus übergeführt.

*** Inowroclaw, 22. Juni.** Selbstmord durch Erhängen verübte gestern vormittag auf dem katholischen Friedhofe der Salinenarbeiter Mierzyński, etwa 30 Jahre alt. Er hinterläßt seine Frau und zwei kleine Kinder. Ueber die Motive des Selbstmordes ist, wie der „Kurj. Wote“ schreibt, noch nichts bekannt, doch wird angenommen, daß er ein Opfer des herrschenden Wohnungsmangels wurde. Er wurde im Laufe der vergangenen Woche aus seiner an der Marienstraße befindlichen Wohnung evakuiert und konnte bisher trotz eifriger Suchens keine andere Wohnung finden, so daß er mit den Seinen unter freiem Himmel kampieren mußte.

*** Krotoschin, 23. Juni.** Gestern Abend 8 Uhr starb plötzlich im 64. Lebensjahre der Lehrer und Kantor Max Nachtigal. Mit dem Dahinscheiden ist ein lieber und bescheidener Mensch dahingegangen, der sich gern und selbstlos in den Dienst seiner Mitmenschen stellte und sich allgemeiner Sympathien erfreute, wie dies auch die Nachrufe in der vorliegenden Nummer beweisen.

*** Mogilno, 23. Juni.** Gestorben ist gestern in Zapolane im Alter von 35 Jahren der Dr. med. Mierzyński Kallinowski, Kreisarzt und Direktor des hiesigen Kreiskrankenhauses.

*** Katowice, 23. Juni.** Waise Bubenhäute haben den evangelischen Kirchhof in Radlowo arg zugerichtet. Nicht genug, daß sie den Baum, der teilweise im vorigen Jahre neu ersetzt wurde, fast völlig gestohlen haben, sondern es sind auch Grabsteintafeln zertrümmert, Grabdenkmäler von in letzter Zeit beerdigten Weibern, die gut gepflegt waren, umgeworfen, so daß der schon gelegene Kirchhof ein Bild der rohen Verwüstung ist. Eine scharfe polizeiliche Untersuchung wäre angebracht, damit endlich die rücksichtslosen Friedhofsschänder streng bestraft würden.

*** Rogasen, 23. Juni.** Unsere Stadt zählte am 1. Juni 6466 Einwohner, darunter 1988 Männer, 2160 Frauen und Kinder unter 14 Jahren 2368. Der Nationalität nach waren es 6420 Polen und 46 Deutsche, Katholiken 5917, Evangelische 487, Juden 62.

X Sandberg, Kr. Gostyn, 23. Juni. Die Würde eines Doktors der Naturwissenschaften wurde Fräulein Susanne Bäschke, der Tochter des hiesigen Pfarrers Bäschke, von der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Tübingen, wo sie Chemie studiert hat, nach sehr gut bestandener Prüfung und auf Grund einer Abhandlung über „Substitutionsvorgänge bei doppelt und dreifach ungesättigten Kohlenwasserstoffen“ unter dem d. d. Mts. verliehen.

*** Schrimm, 22. Juni.** Spółka Budowlana, Sp. z ogr. odp., ist liquidiert worden. Zum Liquidator wurde Wojciech Remondowski, Kalischerstr. 27, gewählt. Forderungen sind bis zum 25. Juli anzumelden.

*** Thorn, 20. Juni.** Durch den andauernden Regen hat das Getreide im Landkreise sehr gelitten. Hauptächlich auf Niederungsländereien macht sich schon infolge der großen Masse ein Faulen der Getreidewurzeln bemerkbar, so daß die Gefahr besteht, daß die Mehren nicht gehörig auszuwachsen können. Die Salme haben auch auf sandigem Boden eine stattliche Höhe erreicht (im Durchschnitt bis zu 2 Metern). Auch die Kartoffeln und Rüben wachsen auf besserem Boden sehr schlecht, dagegen desto besser auf Sandboden. Das Viehfutter, Heu und Alce, sind wohl schon gewachsen, aber an eine richtige Heuernte traut sich kein Landwirt heran, weil das Wetter zu oft wechselt.

*** Jasin, 20. Juni.** Ein Feuer vernichtete das Wohnhaus und die anschließenden Gebäude des Landwirts Schladischmidt. Außer den Gebäuden fielen den Flammen noch 140 Ztr. ausgedroschenes Getreide zum Opfer. Als Ursache des Feuers wird Brandstiftung angesehen.

Aus dem Gerichtssaal.

*** Posen, 23. Juni.** Eine Diebstahlsangelegenheit, bestehend aus dem 25jährigen Józef Musiał, Eryk Setny, Gzaskau Tomaszewski aus Neustadt bei Posen und 10 weiteren Angeklagten, stand gestern wegen systematischem Diebstahl und Hehlerei vor Gericht. Die Bande hatte dem Mühlenbesitzer Jan Wroclawski nach und nach 200 Ztr. Mehl bzw. Getreide gestohlen und es für billiges Geld verkauft. Das Urteil lautete für Józef Musiał auf 18 Monate Gefängnis bei sofortiger Verhaftung, für Eryk Setny auf 14 Monate, Tomaszewski auf 12 Monate, Marjan Kapela auf 5 Monate, Feliks Wilkowski und Franciszek W. auf je 4 Monate, Józef Pol auf 3 Monate, Antoni Nowak auf 2 Monate, Wawrzyn Pasperczak auf 2 Wochen, Stanisław Ginter und Wera Sauer auf je 1 Woche Gefängnis.

*** Thorn, 18. Juni.** Am 11. d. Mts. begann vor der Strafkammer die Verhandlung wegen des systematischen Spiritusdiebstahls in der Spiritusfabrik „Winkelhausen“. Angeklagt waren 14 Personen, darunter drei Frauen. Unter den Angeklagten befanden sich die Fabrikarbeiter, deren Verwandten und Bekannten und mehrere Restaurateure. Der ehemalige Fabrikdirektor erklärte, daß in den Jahren 1924/25 das ständige Fehlen größerer Spiritusmengen bemerkt wurde, niemals aber der Dieb ermittelt wurde. Bei der Uebergabe der Fabrik an das Staatliche Monopol mußten 16 000 Z für fehlenden Spiritus bezahlt werden. Der Gerichtshof fällte folgendes Urteil: T. Dobrowski 5 Monate Gefängnis, Rafimir und Józef Redmerski je 6 Wochen Gefängnis, Antoni Gurtowski zwei Monate Gefängnis, Paul Tew 3 Wochen Gefängnis, die übrigen wurden freigesprochen.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A. — Woinica. Probegottesdienst: Kantor Goldwasser aus Warzawa. Freitag, abends 7½ Uhr. Sonnabend, morgens 7½ Uhr, vormittags 9½ Uhr (mit Schacharis beginnend). nachm. 4½ Uhr mit Schriftlesung. Sabbatgottesdienst 9 Uhr 30 Minuten. Vertäglich morgens 7½ Uhr mit ansh. Gebet, abends 7½ Uhr. Dienstag (Fasien 17. Tamus) abends 8½ Uhr, Fastenende 9 Uhr 20 Minuten. Synagoge B. (Israel. Brüdergemeinde) Dominikahäsa. Sonnabend nachmittags 4 Uhr Mincha.

Wettervorhersage für Freitag, 25. Juni.

— Berlin, 24. Juni. Mittelbewölkt, ziemlich kühl, Strichregen.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Anschreiben werden unseren Lesern gegen Einreichung der Belegquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung von 12–1½ Uhr. Frau L. hier. 1. Damit sind alle Verpflichtungen des Vaters gegen das uneheliche Kind erfüllt. 2. Alle weiteren Ansprüche des Kindes sind unberechtigt. Die Fragen zu 3 und 4 sind zu verneinen.

A. R. in A. Anfragen, denen kein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt, werden von uns nicht beantwortet.

D. Gr. in L. Für Sie gelten aussh. die Bestimmungen der polnischen Aufwertungsverordnung und zwar des § 11, nach der das Darlehn usw. mit 10 Prozent aufzuwerten ist. Der Notwert der 3200 Mk. beträgt 581,82 Z. Davon sind 10 Prozent, d. h. 58,18 Z. zurückzuerstatten und die noch nicht verzinsten Zinsen der letzten vier Jahre.

Spielplan des „Teatr Wielki“.

Donnerstag, d. 24. 6.: abends 8 Uhr: „Eugenij Onegin“. Freitag, den 25. 6.: abends 8 Uhr: „Paganini“. Sonnabend, den 26. 6.: abends 8 Uhr: „Violetta“ (La Traviata) (Gastspiel Jana Romej). Sonntag, den 26. 6.: um 8 Uhr abends: „Strafny Dwór“. Montag, den 28. 6.: um 8 Uhr abends: „Fledermans“.

Radiotalender.

Hundfunkprogramm für Freitag, 25. Juni. Berlin, 504 Meter. Abends 8 Uhr: Orpheus in der Unterwelt. Königsberg, 463 Meter. Abends 8.10 Uhr: Heitere Vieder und Duette von Brahms. Stuttgart, 446 Meter. Abends 8 Uhr: Symphoniekonzert. Stockholm, 430 Meter. Abends 7.45 Uhr: Orchesterkonzert. Warschau, 480 Meter. Abends 8.30 Uhr: Kammermusik. **Hundfunkprogramm für Sonnabend, 26. Juni.** Berlin, 504 Meter. Abends 8.30 Uhr: Von Offenbach zu Bezar. Übertragung aus dem Haus der Rundfunkindustrie. Königsberg, 463 Meter. Abends 8.10 Uhr: Preussisches Sängerbundfest. Münster, 410 Meter. Abends 8 Uhr: „Die Schöpfung“. Oratorium von Haydn. Stuttgart, 446 Meter. Abends 8 Uhr: Kammermusikabend des Philharmonischen Orchesters Stuttgart. Warschau, 480 Meter. Abends 8.30 Uhr: Operiten- und Tanzmusik.

Das Jucken der Kopfhaut

ist eine Folge fettiger Kopfschuppen. Regelmäßige Verwendung von „Schaumpon“ mit dem schwarzen Kopf mit Nadelholztee-Zusatz beseitigt beides gründlich und wirkt gleichzeitig dem Haarausfall entgegen. Beim Einkauf verlange man ausdrücklich diese Spezialmarke und achte genau auf die nebenstehende Schutzmarke. Alleinvertr.: Ind.-W. Karl Schopper, A.-G., Bielsko, Schl.



Die Entwicklungstendenzen der Sozialpolitik.

Von unserem E.-Mitarbeiter.

Zwei Tatsachen sind es, die die heutige Struktur der Gesellschaft entscheidend beeinflussen: 1. die Bauernbefreiung, die Ende des 18. Jahrhunderts begann und Mitte des 19. Jahrhunderts im wesentlichen abgeschlossen war. 2. die Technisierung der Gewerbe. Beide Erscheinungen vermehrten den bisher zahlenmäßig nur kleinen Lohnarbeiterstand ganz außerordentlich. Der Bauer, an Abhängigkeit und Leitung gewöhnt, mußte mit der Freiheit des Besitzes und seiner Person oft nichts anzufangen und der an ihn nun herantretenden Geldrechnung nicht gewachsen, gab seinen Besitz auf, zog in die Stadt, angelockt durch die höheren Nominallöhne und suchte sein Brot als Lohnarbeiter. Die Technisierung des Gewerbes brachte eine Auslese unter den Handwerkern mit sich; wer sich den Erfordernissen der neuen Zeit nicht anpassen konnte, erlag dem Wettbewerb der Maschinen und sank zum Lohnarbeiter herab, während sein befähigter Berufsgenosse sich behauptete, oft sogar auf der sozialen Leiter emporstieg. Die gesellschaftliche Umschichtung vollzog sich rascher als die Umstellung und der Neuaufbau der gewerblichen Produktion, d. h., zunächst war das Arbeitsangebot größer als die junge Industrie benötigte. Die Lage der handarbeitenden Masse war daher besonders noch in Zeiten schlechter Konjunktur trostlos. Man stand auch diesen Überständen zunächst ratlos gegenüber, im Banne der damaligen Lehre von der Freiheit der Persönlichkeit in jeglicher Beziehung, besonders auf dem Gebiet der Wirtschaft. Bis dahin hatte die freiwillige charitative Tätigkeit — vor allem von den christlichen Gemeinschaften gepflegt — den verhältnismäßig geringen Anforderungen vollauf genügt. Nun hieß es andere Mittel auffindig zu machen. Hierüber bildeten sich schließlich zwei Meinungen, wenn von der sozialistisch-kommunistischen Theorie abgesehen werden soll, von denen jede schließlich ihr örtliches Betätigungsfeld fand, und zwar das Mittel der Selbsthilfe — in England — und das der Staatshilfe, d. h. der staatlich angeordneten und kontrollierten Versicherung mit Staatsbeihilfe — in Deutschland. Das Wesen letzterer hat man kurz mit dem Ausdruck Staatssozialismus bezeichnet. In England ist dieser Staatssozialismus bis in die neueste Zeit kaum diskutiert worden. Man schritt dort rüstig an die Bildung von Gewerkschaften, Konsumvereinen usw., die mit sozialen Einrichtungen ausgestattet wurden. Eingriffe der Staatsgewalt in das persönliche Leben des Einzelnen sind nun einmal bei den Engländern sehr unbeliebt, gleichgültig ob die Absicht vorliegt, die Wohlfahrt zu fördern oder zu hemmen. Anders in Deutschland. Auch dort wurde zunächst versucht, diesen Weg einzuschlagen, jedoch ohne großen Erfolg, und durch die Agitationen der Christlich-sozialen gelangte schließlich die staatssozialistische Richtung zum Siege. Man war in Deutschland der nicht von der Hand zu weisenden Ansicht, daß bei der Indolenz der großen Masse auf dem Wege der Selbsthilfe nur ein sehr langsames und wahrscheinlich auch sehr bescheidenes Vorwärtstommen wahrscheinlich sein würde. Bekannt ist, daß der eifrigste Förderer hinsichtlich des Ausbaues des gesamten Versicherungswesens Bis marck gewesen ist. In den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde dann die Krankenversicherung, die Unfall- und Invalidenversicherung und die Altersversicherung geschaffen, die zunächst nur auf die Industriearbeiter beschränkt waren. Später wurde der Kreis der Versicherten erweitert und die Landarbeiter und die Angestellten bis zu einer gewissen Höhe des Einkommens (2400.— M. im Jahre) mit einbezogen. Auch eine Arbeitslosenversicherung wurde von den eifrigsten Sozialpolitikern gefordert. Jedoch scheute man zunächst noch vor der Tragweite dieses Unterfangens zurück. Das Wesentliche dieser Gesetzgebung besteht darin, daß der Versicherungszwang, und zwar im allgemeinen bei öffentlich-rechtlichen Anstalten eingeführt, und daß die Beiträge teils von Arbeitnehmern, teils von den Arbeitgebern, teils vom Staate (Beitrag zur Altersversicherung) geleistet wurden. In diesem Rahmen und Umfange bewegte sich und blieb die Gesetzgebung bis zu dem Jahre 1918. Da der polnische Staat wenigstens für die einstmals preussischen Gebiete diese Gesetzgebung voll und ganz übernommen hat und der heutige Zustand auf sozialpolitischem Gebiet in Deutschland und in Polen dieselben Merkmale aufweist, so kann ich mich auf allgemeine Ausführungen beschränken; denn die Erscheinungen, die diese Gesetzgebung und ihre weitere Ausgestaltung ungewollt (manchmal vielleicht auch gewollt) gezeitigt hat, sind symptomatisch, und nicht von der besonderen Wesensart des betreffenden Staates und Volkskörpers bedingt.

Wie hat sich nun diese öffentlich-rechtliche Fürsorge ausgewirkt?

Als die einschlägigen Gesetze s. Zt. in Deutschland eingeführt werden sollten, machte sich ein leidenschaftlicher Widerstand dagegen geltend, insbesondere seitens der Linksliberalen (der Vorläufer der heutigen Demokraten). Ihr Führer Eugen Richter sah darin den ersten Schritt auf dem Wege zum sozialistischen Staat. Für ihn waren diese Gesetze schlechthin kommunistisch, „ein Kommunismus so schlecht, wie noch keiner erfunden hat“, wie er sich einmal im Reichstag ausdrückte. Der Gedanke, daß der Staat durch diese Gesetze eine nicht unbedeutende Einwirkung auf die persönlichen Lebensverhältnisse seiner Angehörigen erhält, war für diese Leute bei ihrer individualistischen — manchesterlichen — Überzeugung geradezu unfassbar. Sie prophezeiten die aller schlimmsten Folgen hinsichtlich der Tatsache, daß Millionen durch diese Gesetze so eng mit dem Schicksal des Staates verknüpft und von seinem Willen in vieler Beziehung abhängig wurden. Nun, die Geschichte strafe diese Ansichten zunächst Lügen. Die Einrichtungen haben durchaus segensreich gewirkt. Es darf dabei aber nicht übersehen werden, daß die Bevölkerung 1. nur langsam in die Anwendung der Vorteile dieser Gesetze hineinwuchs und 2. ein, mit steigender wirtschaftlicher Entwicklung, wachsender Wohlstand und die Förderung der sozialen Hygiene der Möglichkeit einer Überspannung der Gesetz gewordenen Gedanken von selbst entgegenarbeitete. Die Nachkriegsverhältnisse haben jedoch gezeigt, daß die s. Zt. geäußerten Bedenken und Befürchtungen keineswegs ganz grundlos gewesen sind. Drei Tatsachen haben die heutige Gestaltung der sozialen Gesetzgebung und ihre Folgen entscheidend beeinflusst.

1. Die besonderen Verhältnisse nach Beendigung des Krieges machten dem Staat eine Unterstützung der zurückkehrenden Soldaten zur Pflicht, bis diese wieder in bürgerlichen Berufen untergebracht waren.

2. In den mitteleuropäischen Staaten (ich denke hier an Deutschland, Polen und Österreich) tritt mit mehr oder weniger großem Anspruch auf Berechtigung, der Einfluß der sozialistischen Kreise auf die Regierung der Staaten zu Tage.

3. Durch die Inflation blühten die Versicherungsanstalten den allergrößten Teil ihrer gesammelten Mittel ein.

Wie haben sich diese 3 Tatsachen nun ausgewirkt:

Zu 1. und 2.

Die zunächst für einen einmaligen Zweck gewährte Arbeitslosen-Unterstützung wurde später so regelmäßig bei Fällen von Arbeitslosigkeit wiederholt, daß man heute von einer obligatorischen Arbeitslosen-Unterstützung sprechen kann. Durch die Gesetzgebung wurde ferner der Kreis der Versicherungspflichtigen so weit ausgedehnt, daß schließlich jeder der nicht Angehöriger eines freien Berufes ist, sondern in irgendeinem privaten rechtlichen Abhängigkeitsverhältnis steht, zur Versicherung gezwungen wird, gleichgültig ob seine Einkommens- und sonstigen Lebensverhältnisse diese als geboten erscheinen lassen oder nicht. Auch der dem Sozialismus innewohnende Gedanke der Schematisierung und Gleichmachung hat sicherlich mitgesprochen, denn die charitative Seite der sozialen Betätigung und Fürsorge erfordert solche weitgehenden Maßnahmen zweifellos nicht. Während früher der Gesetzgeber die Absicht hatte, nur wirkliches Elend zu bannen und der Tatkraft des Einzelnen zur Betätigung der eignen Energie und Selbsthilfe noch Spielraum ließ, wird dieses Empfinden dem Objekte der Versicherung nach und nach genommen. „Der Staat hat für mich zu sorgen, ich zahle meine

Beiträge und kümmerge mich nicht darum, was nun geschehen mag.“ Diese Einstellung beginnt sich allmählich aus dem auszusondern, was der übertriebene Versicherungszwang an gesellschaftlichem Denken und Empfinden der großen Masse eingepflanzt hat. Durch solch eine Einstellung, die heute schon symptomatisch erkennbar ist, und bei unserer schnell lebenden Zeit bald Allgemeingut werden kann, ist natürlich das Fundament jeden wirtschaftlichen Fortschrittes untergraben. Der Trieb zum Vorwärtstreben, insbesondere der Spartrieb wird vollkommen ertötet. Man sage nicht, daß der Arbeiter bei seinen Löhnen nicht sparen kann; ich verweise als Antwort auf die Tatsache, daß gerade vor dem Kriege die kleinen und kleinsten Sparer die Hauptsumme der jährlich in Deutschland ersparten Hunderte von Millionen erbracht haben. Dieser Gedanke spielt schon zu der in Punkt 3 zu bringenden Tatsache hinüber.

3. Nach Stabilisierung der Währung gingen die Versicherungsanstalten daran, ihr Beitragswesen neu zu ordnen und es läßt sich dabei feststellen, daß bei ihnen leider der Gedanke mitgesprochen hat, wenigstens zum Teil ihr verlorenes Vermögen möglichst rasch zu ersetzen. Infolge der allgemeinen Verteuerung der Lebensverhältnisse und der Erweiterung der Aufgaben der Versicherung war eine Steigerung der Beitragslasten unvermeidlich. Es wird sich aber kaum bestreiten lassen, daß diese Steigerung über das notwendige Maß hinausgegangen ist. Es entsteht ein Zustand, wenn er nicht schon ausgeprägt vorhanden ist, daß diese Einrichtungen über ihren Zweck hinauswachsen und Selbstzweck zu werden beginnen. Man vergegenwärtige sich nur den ungeheuren Apparat, der heute von den Kassen zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Bewegung gesetzt worden ist, ferner die Verwendung der nicht sofort für ihren eigentlichen Zweck benötigten Gelder, die sehr oft und meines Erachtens ganz verkehrt, z. B. in Grundstücken, angelegt werden. Daß diese mehr oder minder produktiv brachliegenden Kapitalien als Spargelder der Beitragspflichtigen der Wirtschaft zugeführt, eine nicht zu unterschätzende Bedeutung haben würden, dürfte außer Frage sein.

Man schätze die schlimmen Folgen, die sich aus der formalistischen Überspannung des Gedankens der sozialen Fürsorge ergeben hat und weiterhin sicherlich noch schärfer zu Tage treten werden, nicht gering ein. Die bisherige Form der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenunterstützung muß die allgemeine Moral durch Untergrabung des Arbeitswillens und der Energie des Einzelnen schädigen; der übertriebene Versicherungszwang bedeutet einen unnötigen Eingriff in die persönliche Freiheit und belastet den Staat mit einer moralischen Verantwortung, die ihm selbst letzten Endes gefährlich werden kann, indem die Grundlage seiner heutigen Form unterwühlt wird; die Finanzpolitik der Versicherungsinstitute übt auf die Wirtschaft im ganzen und ebenso auf die der einzelnen Mitglieder in ihren heutigen Ausmaßen einen schädigenden Einfluß aus, wodurch ihre Bedeutung als Institute der sozialen Fürsorge leider sehr herabgemindert wird; das alles ist schon oftmals betont und kann auch ernstlich gar nicht bestritten werden. War einstmals die Einrichtung der Zwangsversicherung nach den verschiedensten Richtungen hin ein Gebot der sozialen und politischen Klugheit, so kann man wohl heute sagen, daß auf diesem Gebiet über das Ziel hinausgeschossen worden ist. An einen radikalen Abbau der ganzen staatlichen Sozialpolitik ist natürlich nicht zu denken. Vergleiche mit anderen Staaten — z. B. mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die auch heute noch keine gesetzliche Maßnahme dieser Art kennen — können nicht gezogen werden. Man muß dabei berücksichtigen, daß das Industrie-proletariat der U. S. A. zum großen Teil aus Einwanderern besteht, und es ist bekannt, mit welcher Rigorosität die gesundheitliche Eignung der Einwanderer geprüft wird. Auch räumlich betrachtet bieten die Vereinigten Staaten ganz andere Möglichkeiten zum Vorwärtstommen als die räumlich beschränkten Staaten Europas, was natürlich nicht ohne Folgen auf die sozialen Zustände ist. Da die Verhältnisse in Mitteleuropa ganz anderer Art sind und andere Maßnahmen erfordern, ist es selbstverständlich, daß die eingeschlagene Sozialpolitik in ihren Grundzügen erhalten bleibt. Jedoch Umgestaltungen in ihrer praktischen Behandlung werden unausweichlich sein, wenn nicht durch übertriebenen Formalismus und tödliche Mechanisierung das Ganze erstarrt und dem einzelnen Volkskörper unberechenbarer Schaden zugefügt werden soll. Hierauf soll später noch einmal eingegangen werden.

Zuwachs in der Danziger Handelsflotte. In das Danziger Schiffsregister ist am 19. Juni das Doppelschraubenmotortankschiff „Urania“ (8744 Br.-Reg.-To. und 5026 Netto-Reg.-To.) der Baltisch-Amerikanischen Petroleum-Import G. m. b. H. eingetragen worden, das auf der Howaldt-Werft erbaut ist. Die Danziger Handelsflotte verfügt damit über 62 Schiffe von 143 860 Br.-Reg.-To. und 84 308 Netto-Reg.-To.

Märkte.

Getreide. Warschau, 23. Juni. Für 100 kg fr. Verladestation: Roggen 118 f hol 32 zt, Weizen 128—130 f hol 48—50, Hafer 35.50—36.50, Gerste für Grütze 30—31, Braugerste 33, gelbe Lupine (bezahlte) 2.20.

Danzig, 23. Juni. Amtliche Notierungen unverändert. Zufuhr: Weizen 25, Roggen 295, Gerste 250, Hafer 15, Erbsen 140 t. Nichtamtliche Notierungen: Weizen 128—130 f hol 14—14.15, Roggen 118 f hol 9.60, Futtergerste 9—9.25, Braugerste 9.25—10, Hafer 9.75—10.25, Roggenkleie 6—6.25, Weizenkleie dick 5.75—6, Roggenmehl 60% 28.50, Weizenmehl „000“ alt mit 25% Beimischung von Auslandsmehl 46.50, Inlandswizenmehl „000“ neu 44.

Hamburg, 23. Juni. Notierungen für Auslandsgetreide in holl. Gulden für Juni: Weizen Manitoba I 16.75, II 16.40, III 15.95 Mark.

Chikago, 22. Juni. Schlußbörse. Cts für 1 bushel. Weizen Redwinter II loco 146½, Hardwinter II loco 152½, für Juli 137½ bis 137½, September 133½—133½, Dezember 135½—135½, Roggen Nr. IV loco 87, für Juli 90½, September 94½, Dezember 98, Mais gelb Nr. II loco 70½, weiß Nr. II loco 70½, gemischt Nr. II loco 70, für Juli 69½—69½, September 75—74½, Dezember 76½, Hafer weiß II loco 40½, für Juli 39½, September 40½, Dezember 42½—42½, Gerste Maltung loco 62—70. Frachten nach England und dem Kontinent unverändert.

Baumwolle. Bremen, 23. Juni. Amtl. Notierungen term. in Cts. für 1 lb. 1. Ziffer Verkauf, 2. Einkauf. Amerik. Baumwolle loco 20.04, September 18.13, Oktober 17.50—17.45, Dezember 17.36—17.32, Januar 17.27—17.26, März 17.45, Mai 17.45—17.41. Tendenz fest.

Baumaterialien. Lublin, 23. Juni. Es wurden notiert: Ziegel pro Stück 1000 loco Bau 55 zt, Dachziegel für 1000 Stück loco Waggon Verladestation 93 zt, Falzziegel loco Waggon Verladestation 170 zt, Pappe 1 x 10 m 8—11, Zement für 100 kg loco Lager 7, loco Waggon Verladestation 6.80, Kalk für 100 kg loco Lager 5, loco Waggon Verladestation 3.80, unpolierte Quadratkacheln das Stück 0.18, poliert 0.34, Berliner pro Stück 1.80, Ofentüren kompl. I. Sorte 9.30, Herdplatten 0.50, Kessel 0.56, Türangel das Stück 0.60. Tendenz behauptet.

Vieh und Fleisch. Warschau, 23. Juni. Pro Kilo Lebendgewicht loco Schlachthof: 403 Ochsen zu 1.15, 32 zu 1.10, 16 zu 1.30 zu 0.90, 189 Kälber zu 1.20, 379 Schweine zu 2.10, 3 zu 2.05, 59 zu 2. Als höchster geforderter Preis für Schweine wird 2.35 genannt.

Metalle. Warschau, 23. Juni. Das Handelshaus A. Gepner gibt folgende Richtpreise für Altmetalle pro Kilo in Zloty an: Altkupfer 2.20, Altmessing 1.40, Rotguss 2.10, Zink 1.

Berlin, 23. Juni. Amtliche Notierungen in Reichsmark pro Kilo. Elektrolytkupfer sof. Lieferung cif. Hamburg, Bremen oder Rotterdam (für 100 kg) 132½, Raff.-Kupfer 99—99.3% 1.18 bis 1.19, Standard 1.16—1.17, Orig. Hüttenrohziegel (fr. Verkehr) 0.67½—0.68, Remelted-Plattenzink gew. Handelsgüte 0.58½ bis 0.59½, Orig. Hüttenaluminium 98—99% in Blocks, Barren, gew. und gez. 2.35—2.40, in Barren, gew. und gez. 2.40—2.45, Antimon Regulus 1—1.05, Silber 900 fein in Barren 90—91, Gold im fr. Verkehr 2.81½—2.82, Platin im fr. Verkehr 12½—13 Reichsmark pro Gramm.

Posener Börse.

	24. 6.	23. 6.		24. 6.	23. 6.
6 listy zbozowe ..	8.00	7.90	Goplana I.-III.	10.00	—
8 dolar. listy	5.90	6.10	Hartw. Kant. I.-II. ...	2.00	—
	5.85	5.95	Juno I.-III.	0.50	—
	5.90	—	Lubau I.-IV.	52.00	—
5 Poz. konwers.	0.325	0.32	Plotno I.-III.	0.08	—
Bk. Kw. Pot. I.-VIII.	—	2.25	Sp. Drzewna I.-VII. ...	—	0.25
Bk. Sp. Zar. I.-XI.	4.00	4.00	Unja I.-III.	3.80	—
Cegielski I.-IX.	—	4.00	Wag. Ostrowo I.-IV. ...	—	0.70
			Wytw. Chem. I.-VI. ...	0.35	0.36

Tendenz: für Zinspapiere fester, für Aktien unverändert.

Warschauer Börse.

	24. 6.	23. 6.		24. 6.	23. 6.
Devisen (Mittelk.) ..	24. 6.	23. 6.	Paris	28.60	28.45
Amsterdam	402.60	402.55	Prag	29.68	29.63
Berlin*)	238.87	238.86	Wien	141.70	141.65
London	48.76	48.76	Zürich	194.00	193.90
Newyork	10.00	10.00			

*) über London errechnet.

Tendenz: behauptet.

	24. 6.	23. 6.		24. 6.	23. 6.
8% P. P. Konwers.	—	—	Kop. Wegli (Gold) ..	38.00	38.00
5%	32.00	32.00	Nobel III.—V.	1.50	1.50
6% Poz. Dolar	68.50	68.75	Lilpop I.—IV.	1.50	0.51
	(685.00)	(687.50)	Modrzew. I.—VII. ...	—	1.75
10% Poz. Kolej. S. I.	154	153.00	Ostrowiecki I.—VII. ...	3.25	3.40
Bank Polaki (o. Kup.) ..	50.00	50.25	Starachow. I.—VIII. ...	0.80	0.80
Bank Dysk. I.—VII.	—	5.20	Zieleniewski I.—V. ...	—	—
B. Handl. W. XI.—XII.	1.40	1.40	Zyrdardow	—	7.10
B. Zachodni I.—VI.	0.80	0.80	Borkowski I.—VIII. ...	—	—
Chodorow I.—VII.	—	—	Haberbusch i Seb.	4.95	4.90
W. T. F. Cukru	1.50	—	Majewski	—	—

Tendenz: schwach.

Danziger Börse.

	24. 6.	23. 6.		24. 6.	23. 6.
Devisen:	24. 6.	23. 6.	Geld	24. 6.	23. 6.
London	25.18	25.18	Brief	25.18	25.18
Newyork	5.1690	5.1815	Berlin	123.071	123.379
			Warschau	50.99	51.11
Noten:				50.69	50.81
London	25.185	—	Berlin	123.133	123.454
Newyork	—	5.1715	Polen	51.24	51.36
				50.94	51.05

Berliner Börse.

	24. 6.	23. 6.		24. 6.	23. 6.
Devisen (Geldk.)	24. 6.	23. 6.	Devisen (Geldk.)	24. 6.	23. 6.
London	20.413	20.414	Kopenhagen	111.26	111.31
Newyork	4.195	4.195	Oslo	92.48	92.73
Rio de Janeiro	0.666	0.664	Paris	12.06	11.94
Amsterdam	168.48	168.48	Prag	12.418	12.42
Brüssel	11.08	11.96	Schweiz	81.205	82.205
Danzig	81.03	80.99	Bulgarien	3.022	3.024
Helsingfors	10.55	10.55	Stockholm	112.56	112.59
Italien	15.26	15.14	Budapest	5.87	5.87
Jugoslawien	7.43	7.435	Wien	59.36	59.33

(Anfangskurse).

	24. 6.	23. 6.		24. 6.	23. 6.
Effekten:	24. 6.	23. 6.	Effekten:	24. 6.	23. 6.
Harp. Bgb.	—	136½	Görl. Wagg.	30	31
Kattw. Bgb.	12½	12½	Rheinmet.	25½	—
Laurahütte	39¾	40¾	Kahlbaum	133¾	—
Obshl. Eisenb.	—	59	Schulth. Patzenh.	208	—
Obshl. Ind.	—	61	Dtsch. Petr.	—	—
Dtsch. Kali.	129	—	Hapag.	146½	149½
Farbenindustrie	230¾	—	Dtsch. Bk.	141½	142½
A. B. G.	—	129½	Disc. Com.	135	136½

Tendenz: abgeschwächt.

Ostdevisen. Berlin, 24. Juni, 2³⁰ nachm. Auszahlung Warschau 41.39—41.61, Große Polen 40.29—40.41, Kleine Polen 40.89—40.31 (100 Rm. = 240.33—241.61 zt).

Börsen-Anfangsstimmungsbild. Berlin, 24. Juni, vormittags 12³⁰ Uhr. (R.) Bei überwiegender Realisationsneigung war die Börse bei verhältnismäßig regem Geschäft allgemein schwächer. Die Kurseinbußen bewegten sich auf den leichten Absatzgebieten um 1 bis 2 %, nur Elektroaktien bekundeten feste Haltung. Von Montanwerten verloren Schlesische Zink 5 %, Schiffsaktien besser. Banken unregelmäßig.

Die Bank Polski zahlte am 23. d. Mts. für Goldmünzen: Rubel 5.11, Mark 2.37, Krone 2.01, latein. Einheit 1.92, Dollar 9.98, Pfund 48.42, türk. Pfund 43.71, skand. Krone 2.66, holl. Gulden 3.99, jegliche Dukaten 22.75, 1 Gramm Feinmetall 6.63, Silbermünzen: Rubel 3.51, (Bylon) 1.30—1.40, Mark 0.97, Gulden 2.16, Krone 0.81, 1 Gramm Feinmetall 0.19½.

Die Bank Polski Posen zahlte am 24. Juni, 11 Uhr vormittags, für 1 Dollar (Noten) 9.96, (Devisen) 9.98, für 1 engl. Pfund 48.64, für 100 Schw. Franken 193.42, für 100 fr. Franken 28.25, für 100 deutsche Reichsmark 237.75, für 100 Danziger Gulden 193.01.

1 Gramm Feingold wurde für den 24. Juni auf 6.6462 zt festgesetzt. (M. P. Nr. 140 vom 23. Juni.) (1 Goldzloty gleich 1.9295.)

Der Zloty am 23. Juni. (Überw. Warschau.) Wien: 69.55 bis 70.05, Noten 69.20—70.20, Prag: 327—333, Noten 321—324, Zürich: 46.50, London: 51, Tschernowitz 23.50, Bukarest: 23.75, Riga: 53, Budapest: Noten 69.25—72.25.

Dollarparitäten am 24. Juni in Warschau 10.— zt, Danzig 10.14 zt, Berlin 10.12 zt.

Eine polnisch-englische Bankgründung in Danzig. (PAT) In der letzten außerordentlichen Sitzung des Aufsichtsrats der Reichswirtschaftsbank wurde u. a. der Beschluß gefaßt, die Direktion der Bank zum Abschluß der bereits seit längerer Zeit geführten Verhandlungen über die Gründung einer selbständigen polnischen Bankinstitution unter Mitwirkung von englischem Bankkapital in Danzig zu ermächtigen.

Eine Rückerstattung des poln. Einfuhrzolls für Maschinen und Apparate. (OWN) für die nach den Verordnungen vom 4. März und 26. April d. Js. Zollermäßigungen in Frage kommen, kann fortan (laut einer im Dziennik Ustaw Nr. 59 veröffentlichten Verordnung) in Höhe der Differenz zwischen dem entrichteten Normalzoll und dem Satz des ermäßigten Zolls erfolgen, wenn sich die Identität der Maschinen usw. bei der Verzollung feststellen läßt. Die Verordnung ist mit Wirkung vom 17. Juni und auf die Dauer bis zum 30. August d. Js. in Kraft gesetzt.

Berlin, 24. Juni. Getreide- und Ölsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen: märk. —, pomm. —, Juli 299.00—298.00, September 268.50—267.50, Oktober 268.50, Roggen: märk. 189—194, pomm. —, Juli 207.00—207.50, Sept. 206.50—206.75, Okt. 207.50. Gerste: Sommergerste 194—205, Futter- und Wintergerste 180—193, Hafer: märk. 197—207, Juli —, Juli 193, Sept. —, Mais: Mai —, loco Berlin 168—170, Sept. 160, Weizenmehl: fr. Berlin 38.00—40.00, Roggenmehl: fr. Berlin 27.75—29.50, Weizenkleie: fr. Berl. 10.10, Roggenkleie: fr. Berlin 11.30—11.40, Raps: —, Leinsaat: —, Viktoriaerbsen: 36.00—46.00, Kleine Speiseerbsen: 30.00—34.00, Futtererbsen: 22.00—27.00, Perlusken: 23.50—28.50, Ackerbohnen: 23.00—25.50, Wicken: 33.00—34.00, Lupinen: blau 15.00—17.00, Lu-pinen: gelb 21.50—23.50, Geradella: neue —, Rapskuchen: 13.70—14.00, Leinkuchen: 18.40—18.60, Trockenschnittel: 10.00—10.30, Sojaschrot: 19.40, Torfmeleasse: 30/70 —, Kartoffelflocken: 21.20 bis 21.60. — Tendenz für Weizen: schwächer, Roggen: stetig, Gerste: still, Hafer: ruhig, Mais: still.

Für alle Börsen- und Marktberichte übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr und Haftpflicht.